

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses

Sitzung: Donnerstag, 04.09.2025, 13:00 Uhr

Raum, Ort: Konrad-Koch-Quartier, FB Kinder, Jugend und Familie, Neue Straße 28,
38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.06.2025
3. Mitteilungen
- 3.1. Sachstandsmitteilung zur Vorlage 20-12964 - "Ausweisung neuer Naturschutzgebiete" 25-26174
- 3.2. Fördergebiet "Soziale Stadt - Donauviertel": Erschließung und Attraktivierung des Wäldchens zwischen Ludwig-Winter-Straße und Am Queckenberg durch Angebote des Freizeitsportes 25-26164
- 3.3. Sachstandsbericht Förderprojekt "Begrünungsmaßnahmen zum Ausgleich von Trockenschäden"
4. Anträge
- 4.1. Überarbeitung der Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima ("Ökotopf") 25-26388
5. Überschwemmungsgebiet Schunter 25-25928
6. Ideenplattform: Erhalt von Bäumen braucht Vorrang 25-26071
7. Anfragen
- 7.1. Gesetzlich geschützte Biotope in Braunschweig 25-26297
- 7.2. Wie beteiligt sich die Stadt Braunschweig an den "Wochen der Wärme 2025"? 25-26390
- 7.3. Bürger:innenbeteiligung während der Kommunalen Wärmeplanung 25-26373
- 7.4. Streuobstwiesen in Braunschweig - Kulturlandschaft mit Zukunft 25-25929
- 7.5. Ausweisung neuer Landschafts- und Naturschutzgebiete 25-26296
- 7.6. Mülleimer in Parks und Grünanlagen 25-26295

7.7. Nutzung öffentlicher Toiletten in Braunschweiger Parks für Rollstuhlfahrer*innen

25-26311

7.8. Mündliche Anfragen

Braunschweig, den 29. August 2025

Betreff:

Sachstandsmitteilung zur Vorlage 20-12964 - "Ausweisung neuer Naturschutzgebiete"

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
68 Fachbereich Umwelt

Datum:

29.08.2025

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

In seiner Sitzung vom 24.03.2020 hat der Rat der Stadt Braunschweig beschlossen, kontinuierlich neue Naturschutzgebiete auf Grundlage des Landschaftsrahmenplanes auszuweisen (Vorlage 20-12964). Hierzu berichtet die Untere Naturschutzbehörde der Stadt Braunschweig über den aktuellen Stand der Planungen.

Die Untere Naturschutzbehörde hat seit dem Jahr 2020 insgesamt drei naturschutzfachlich wertvolle Gebiete als Naturschutzgebiete (NSG) ausgewiesen. Ende des Jahres 2020 wurde das Gebiet „Mehlkamp und Heinenkamp“ unter Schutz gestellt. Anfang des Jahres 2021 folgte das Gebiet „Mascheroder- und Rautheimer Holz“. Im Jahr 2024 wurde darüber hinaus das Gebiet „Thuner Sundern“ ausgewiesen.

Gegen alle drei Naturschutzgebiete sind derzeit verwaltungsgerichtliche Klageverfahren gegen die jeweiligen Unterschutzstellungsverordnungen anhängig. Die Verfahren befinden sich noch in rechtlicher Prüfung und sind bislang nicht abgeschlossen.

Im Jahr 2020 wurde darüber hinaus eine Verordnung zum Schutz von Naturdenkmälern im Gebiet der Stadt Braunschweig erlassen. Diese umfasst derzeit 45 als Naturdenkmal ausgewiesene Einzelbäume. Inzwischen liegt eine aktualisierte Vorschlagsliste weiterer schutzwürdiger Einzelbäume vor, deren Ausweisung als Naturdenkmale in einem gesonderten Verfahren zeitnah erfolgen soll, um den Schutz ökologisch und landschaftlich besonders wertvoller Gehölze im Stadtgebiet weiter auszubauen.

Zentrale fachliche Grundlage für die Ausweisung neuer Schutzgebiete ist der Landschaftsrahmenplan (LRP) aus dem Jahr 1999. Die Planaussagen sind inzwischen allerdings veraltet und bedürfen einer Aktualisierung. Aus diesem Grund hat der Umwelt- und Grünflächenausschuss in seiner Sitzung vom 25.10.2024 die Aktualisierung des LRP beschlossen (Vorlage 24-24147).

Hierzu erfolgten bisher diverse Vorarbeiten, wie die Erfassung der gesetzlich geschützten Biotope, Aktualisierung des Amphibienschutzkonzeptes, Erarbeitung des Feldvogel-Schutzkonzeptes und die Vergabe einer stadtweiten Biotopkartierung.

Noch in diesem Jahr soll die erforderliche Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans vergeben werden, welcher dann die aktualisierten schutzgebietswürdigen Bereiche darstellt.

Insgesamt werden von der Unteren Naturschutzbehörde seit 2020 drei NSG-Verfahren parallel bearbeitet und darüber hinaus wurden weitere Naturdenkmale ausgewiesen. Weiterhin laufen umfangreiche Vorarbeiten zur Erarbeitung der fachlichen Grundlagen für die Unterschutzstellung zusätzlicher für den Naturschutz bedeutsamer Gebiete.

Umfangreiche Informationen sowie kartografische Darstellungen sind auf der Homepage der Stadt vorhanden: <https://www.braunschweig.de/leben/umwelt/natur/natur-und-landschaftsschutz/schutzgebiete.php>

Hanusch

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Fördergebiet "Soziale Stadt - Donauviertel": Erschließung und Attraktivierung des Wäldchens zwischen Ludwig-Winter-Straße und Am Queckenberg durch Angebote des Freizeitsportes

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

11.08.2025

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Anhörung)

Sitzungstermin

28.08.2025

Status

Ö

Ausschuss für Planung und Hochbau (Entscheidung)

03.09.2025

Ö

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

04.09.2025

Ö

Beschluss:

„Der Freiflächenplanung zur Erschließung und Attraktivierung des Wäldchens wird zugestimmt. Die Gesamtkosten betragen ca. 420.000 €. Die Kosten werden zu 2/3 aus Städtebaufördermitteln des Bundes und des Landes Niedersachsen finanziert. 1/3 verbleiben als städtischer Eigenanteil.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Ausschusses für Planung und Hochbau (APH) ergibt sich aus § 76 Abs. 3 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 4 lit. e der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei dem Vorhaben um eine Planung zum Einsatz von Fördermitteln in Fördergebieten.

Anlass

Am 6. Dezember 2016 wurde vom Rat beschlossen, das Donauviertel in der Weststadt als Fördergebiet im Sinne des § 171 e des Baugesetzbuches festzulegen. Die Sanierung verfolgt unter anderem das Ziel, das Wohnumfeld und die Außenanlagen aufzuwerten. Des Weiteren soll die räumliche und soziale Infrastruktur für Kinder, Familien und Senioren verbessert werden, um die Nutzungsvielfalt im Stadtteil zu erhöhen und den Zusammenhalt zu stärken. Die Erschließung und Attraktivierung des Wäldchens zwischen Ludwig-Winter-Straße und Am Queckenberg stellt eine für diese Zielsetzung zentrale Maßnahme dar.

Maßnahmenbeschreibung

Der vorliegende Entwurf sieht für die Umgestaltung der Freifläche folgende Planung vor:

Die langjährig gewachsene Grundstruktur der Fläche soll vorwiegend erhalten bleiben. Die vorhandene Wegeführung im östlichen Bereich wird geringfügig verändert und als Asphaltweg mit einer Wegebreite von 2,20 m zzgl. Wegebankette ausgebaut.

Um für die leicht geänderte Routenführung den notwendigen Raum zu schaffen, müssen einige Gehölze gerodet oder zurückgeschnitten werden. Im Vorfeld wurde hierzu ein Baumgutachten erstellt und eine Bewertung der Erhaltungswürdigkeit der Gehölze vorgenommen, um keine Bäume mit hoher ökologischer Wirkung zu schädigen bzw. zu entfernen. Das vorliegende Baumgutachten und eine intensive Sichtung des Baumbestandes, unter Abwägung der möglichen Routenverläufe, sind dabei in die Planung eingeflossen. Auf besonders wertvolle, klimaresistente und vitale Gehölze wird bei den durchzuführenden Fällungen besondere Rücksicht genommen und die Eingriffe auf das wegebautechnisch absolut notwendige Minimum reduziert.

Die Einmündung zur Ludwig-Winter-Straße wird ca. 10 bis 15 m nach Nordosten verlegt, um den neu entstehenden Schulhof der geplanten Grundschule zu umgehen. Die Anbindung an die südlich angrenzende Straße „Am Queckenberg“ wird nur durch eine einfache, nach Südwesten ausgerichtete Zuwegung erfolgen. Die vorhandene, zweite Einmündung wird nicht in der zuvor beschriebenen Bauweise ausgebaut, jedoch aufgrund der Nutzungsgewohnheiten als Trampelpfad bestehen bleiben. Mit dem Weg, der in der Mitte des kleinen Wäldchens vom Hauptweg nach Südosten abzweigt und in das angrenzende östliche Waldgebiet führt, wird ähnlich verfahren. Ein Ausbau ist nicht vorgesehen, ein Rückbau ebenfalls nicht.

Innerhalb der Fläche des kleinen Wäldchens werden entlang des neugestalteten Weges mehrere Freizeitsportbereiche integriert. So werden die an der Grenze zur Waldorfschule vorhandenen Betonbauwerke aus den 1920er Jahren wieder freigelegt und einer bewegungsorientierten Nutzung zugeführt. Die vorhandene, ca. 150 m² große „Betonwanne“ wird mit Tragschichtmaterial verfüllt und als Untergrund für eine Fallschutzfläche aus Holzhackschnitzeln vorbereitet. Auf der entstehenden Fläche werden mehrere künstliche Felsen als Klettermöglichkeit für Menschen jeden Alters aufgestellt. Die ca. fünf bis sechs Kunstfelsen mit bis zu 3 m Höhe werden aus Beton gefertigt und vom Design der Natur nachempfunden. Verbunden werden die Felsen untereinander mit bekletterbaren bzw. behangelbaren Netz- und Seilstrukturen.

Die benachbarte Betonrampe wird vollständig freigelegt, um ihre Kubatur und ihren ursprünglichen Zweck wieder erkennbar zu machen. Um den geschichtlichen Hintergrund der Fläche (Flughafen und Industriefläche) zu erläutern, wäre die Installation von Informationstafeln denkbar. In evtl. folgenden Bauabschnitten könnte diese historisch gewachsene urbane Struktur für weitere moderne Trendsport- oder Bewegungsangebote herangezogen und aufgewertet werden.

Im südlichen Bereich des neugestalteten Weges wird eine größere Parkour-Anlage entstehen und durch eine eigene Wegeführung an den Hauptweg angebunden. Diese bietet mit aufeinander abgestimmten Wandscheiben, Geländern, Hangelstangen und Sprungblöcken, in Höhenstaffelungen von 30 cm bis 3 m ein herausforderndes Sportangebot für agile Freizeitsporttreibende und leistungsorientierte Parkourläuferinnen und -läufer. Um ausreichend Bewegungsraum und Sicherheit zu gewährleisten wird die Fläche mit einem gebundenen Fallschutzboden ausgestattet und mit gepflasterten Wegen eingerahmt.

Entlang des zentralen Wegeabschnittes zwischen den Kletterfelsen und dem Parkourbereich wird ergänzend eine wegebegleitende Parkourstrecke mit einer Fülle an Hindernissen, von niederschwellig bis herausfordernd, integriert. Sie soll das Bewegungsangebot erweitern und die beiden Flächen auf sportlich herausfordernde Art und Weise miteinander verknüpfen. Dieses wegebegleitende Angebot ermöglicht auch Anfängern und weniger agilen Personen einen Einstieg in die angebotenen Sportarten: Vom Kinderspiel „Der Boden ist Lava“ bis hin zum Hindernislauf auf Zeit oder Parkour auf Wettkampfniveau werden dort unterschiedliche Nutzergruppen angesprochen.

Beteiligung

Zum Gabenzaunschluss im September 2024 wurde eine Kinder- und Jugendbeteiligung durchgeführt. Aufenthaltsmöglichkeiten sowie Gelegenheiten zum Balancieren und Klettern, aber auch ausgebaute Wege und der Erhalt von Rückzugsmöglichkeiten für Tiere im Wald gehörten zu den genannten Wünschen und werden mit der vorliegenden Planung berücksichtigt.

Darüber hinaus wurde im Zuge der Planung ein intensiver Austausch mit den zukünftigen Nutzerinnen und Nutzern, insbesondere der Parkour-Community, geführt. Die Planung wurde auf die geäußerten Wünsche und Anregungen ausgerichtet.

Am 14.08.2025 wird eine Informationsveranstaltung zum aktuellen Planungsstand stattfinden.

Der Runde Tisch wird in seiner Sitzung vom 21.08.2025 beteiligt.

Kosten und Finanzierung

Die Kosten für die Neugestaltung des Wäldchens betragen ca. 420.000 €. Die Kosten werden zu 2/3 aus Städtebaufördermitteln des Bundes und des Landes Niedersachsen finanziert. 1/3 verbleiben als städtischer Eigenanteil (140.000 €). Entsprechende Finanzmittel sind im aktuellen Haushalt im Projekt „Soziale Stadt – Donauviertel (4S.610039)“ in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 eingeplant.

Hanusch

Anlage/n:

Entwurfsplan zur Neugestaltung des Wäldchens



Betreff:

Sachstandsbericht Förderprojekt "Begrünungsmaßnahmen zum Ausgleich von Trockenschäden"

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

04.09.2025

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Im Rahmen des Bundesprogramms „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ konnten Fördermittel in Höhe von 1.700.000,00 € für das Projekt „Begrünungsmaßnahmen zum Ausgleich von Trockenschäden – Bindung von CO₂ durch Pflanzung von rd. 1.000 Klimabäumen und Anlage von rd. 7,5 ha Kurzumtriebsplantagen (KUP) als Klimawälder im Stadtgebiet Braunschweig“ eingeworben werden. Die Förderquote beträgt 90%.

Durch die allgemeinen Preissteigerungen war bereits 2024 absehbar, dass das ursprünglich angestrebte Ziel von 1.000 neu zu pflanzenden Bäumen nicht erreicht werden kann.

Im Frühjahr 2025 wurden im Rahmen des Projektes 552 Bäume im Stadtgebiet gepflanzt. Die Kosten für diese Pflanzmaßnahmen belaufen sich auf 1.383.903,84 € brutto. Die beauftragte Entwicklungspflege ist nicht förderfähig. Bis Mitte Juli 2025 wurden 963.027,67 € der Fördermittel für diese Maßnahmen abgerufen.

Die Kostenschätzung für die geplante Herbstpflanzung von weiteren 260 Bäumen an Straßen und in Grünanlagen im gesamten Stadtgebiet beträgt 589.334,41€. Die Maßnahme befindet sich im Vergabeverfahren, die Submission erfolgte am 11.08.2025.

Der Arbeitsbeginn ist in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der Pflanzware und den Witterungsbedingungen für Mitte Oktober 2025 vorgesehen. Die Pflanzarbeiten sind zum Ende der Projektlaufzeit am 31.12.2025 vollständig abzuschließen und in Rechnung zu stellen.

Gemeinsam mit der Frühjahrspflanzung von 552 Bäumen werden somit im Rahmen des Projekts voraussichtlich insgesamt 812 Bäume in Braunschweig nachgepflanzt. Damit kann - entgegen der Einschätzung aus August 2024 - die zu diesem Zeitpunkt in Aussicht gestellte Anzahl von 700 Neupflanzungen um voraussichtlich ca. 112 Bäume übertroffen werden.

Im April 2025 wurden 4 ha KUP-Plantage im Bereich der Gemarkung Neupetriertor in Lehdorf gesteckt. Für die vorbereitende Bodenbearbeitung, das Pflanzmaterial sowie die Pflanzung und die anschließende mechanische Beikrautkontrolle sind förderfähige Kosten in Höhe 20.105,35 € angefallen und bereits abgerufen worden.

Aufgrund fehlender Flächenverfügbarkeit kann bis zum Ende des Projektlaufzeit die Anlage einer zweiten KUP mit einer Größe von 3,5 ha nicht wie geplant vorgenommen werden. Die hierfür im Projektantrag angemeldeten Mittel können nach Rücksprache mit dem Fördermittelgeber für die Pflanzung von zusätzlichen Bäumen verwendet werden.

Hanusch

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Überarbeitung der Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima ("Ökotopf")

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.08.2025

Beratungsfolge:

		Status
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)	04.09.2025	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	09.09.2025	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	16.09.2025	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, die Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima („Ökotopf“, zuletzt geändert in der Ratssitzung am 19.12.2023 mit DS.-Nr. [23-22648](#)) dahingehend zu überarbeiten, dass die Möglichkeit der institutionellen Förderung (heutige Ziffer 4 der Richtlinie) gestrichen wird, so dass Förderungen zukünftig ausschließlich als Projektförderungen (gemäß Ziffer 3 der aktuellen Richtlinie) erfolgen.

Die so überarbeitete Förderrichtlinie wird dem Rat über seine Ausschüsse zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Beschluss vorgelegt.

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion steht zur gezielten Förderung von konkreten Maßnahmen des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes in Braunschweig. Die Förderrichtlinie „Ökotopf“ hat sich als Instrument zur Stärkung ehrenamtlicher und gemeinwohlorientierter Initiativen bewährt, insbesondere durch die projektbezogene Unterstützung innovativer, umweltwirksamer Vorhaben. Deshalb haben wir bei den zuletzt vorgeschlagenen Überarbeitungen (Ratssitzungen am 29. März 2022 [DS.-Nr. 23-22648] und am 19. Dezember 2023 [DS.-Nr. 22-17890]) jeweils zugestimmt und dabei explizit auf die Unterstützung von Projekten durch ein besonders hervorzuhebendes ehrenamtliches Engagement hingewiesen.

Die in der Förderrichtlinie ebenfalls enthaltene institutionelle Förderung hingegen führt in vielerlei Punkten zu strukturellen Fehlanreizen und sollte daher zukünftig entfallen:

Verfestigung dauerhafter Abhängigkeiten: Die laufende Bezuschussung von Betriebskosten kann bei Vereinen zu einer Verfestigung öffentlicher Zuschüsse führen, ohne dass daraus zwingend ein konkreter Mehrwert für die Umweltpolitik der Stadt resultiert.

Abgrenzungsprobleme und fehlende Vergleichbarkeit: Die Prüfung und Bewertung institutioneller Förderanträge ist mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden, da Inhalte, Wirkungen und Bedarfe schwer objektivierbar sind. Das führt zu potenziell intransparenten Entscheidungsprozessen.

Zielverfehlung und Mittelverwendung: Der Fokus der Förderrichtlinie liegt originär auf sichtbaren und wirksamen Maßnahmen zum Schutz von Natur, Gewässern und Klima. Deshalb definiert das unter der ersten Ziffer der Förderrichtlinie stehende Förderziel diese Zielrichtung entsprechend. Eine Umlenkung knapper Haushaltsmittel in die laufenden Vereinsstrukturen schwächt diesen Ansatz jedoch und läuft dem eigentlichen Ziel zuwider.

Effizienzsteigerung durch Konzentration auf Projekte: Die CDU-Fraktion ist überzeugt, dass eine konsequente Projektförderung nach klaren, zweckgebundenen Kriterien (wie sie bereits heute in der Richtlinie enthalten sind) zu einer höheren Effizienz, Transparenz und Wirkungskraft der eingesetzten Mittel führt – und damit einen höheren Gewinn für Umwelt- und Naturschutz bringt. Die Verwaltung hatte bereits in der letzten Vorlage zur Überarbeitung des Ökotopfes (DS.-Nr. [23-22648](#)) explizit geschrieben: „Es geht nicht in erster Linie darum, Umweltorganisationen zu fördern, sondern mit der Förderung positive Auswirkungen in den Bereichen Gewässer- und Naturschutz [...] zu erzielen.“ Mit der vorgeschlagenen Änderung soll dieses Ziel besser erreicht werden.

Die Verwaltung soll mit dem hier vorliegenden Antrag nun also beauftragt werden, aus der aktuell gültigen Ökotopf-Richtlinie die institutionelle Förderung sowie alle Querverweise dazu zu streichen. Anschließend soll die überarbeitete Richtlinie dem Rat nach vorhergehender Beratung im Umwelt- und Grünflächenausschuss sowie im Verwaltungsausschuss zur finalen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Angesichts begrenzter finanzieller Spielräume und des Gebots sparsamer Mittelverwendung ist eine Konzentration auf konkrete, zeitlich befristete und überprüfbare Umweltmaßnahmen das richtige Signal an Bürgerschaft, Verwaltung und Initiativen. Projektförderungen dürften nicht zuletzt beim Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel größere Erfolge erzielen. Und das ist, wie bereits weiter oben dargestellt, das Förderziel der Richtlinie und daher zu unterstützen.

Anlagen:

keine

Betreff:
Überschwemmungsgebiet Schunter

Organisationseinheit:
Dezernat VIII
68 Fachbereich Umwelt

Datum:
03.06.2025

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (Anhörung)	19.08.2025	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	27.08.2025	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (Anhörung)	28.08.2025	Ö
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)	29.08.2025	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	09.09.2025	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	16.09.2025	Ö

Beschluss:

„Die als Anlage beigefügte „Verordnung über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Schunter im Bereich zwischen der westlichen Seite des Bienroder Weges und der westlichen Stadtgrenze“ einschließlich der anliegenden Karten wird beschlossen.“

Beschlusskompetenz:

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Ziff. 5 NKomVG. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm beschließt ausschließlich der Rat über Verordnungen.

Sachverhalt:

Im Mai 2021 hat das Land Niedersachsen das Überschwemmungsgebiet der Schunter für das gesamte Stadtgebiet vorläufig gesichert (Mitteilung 21-16289 vom 09.06.2021).

Die Verwaltung hat auf der Grundlage der vom Land erstellten Arbeitskarten das Überschwemmungsgebiet der Schunter im Stadtgebiet durch eine entsprechende Verordnung neu festzusetzen. Diese Festsetzung ist in einem Verfahren zur Ausweisung eines Überschwemmungsgebietes gemäß § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes i. V. m. § 115 des Niedersächsischen Wassergesetzes für den Teilbereich der Schunter zwischen der westlichen Seite des Bienroder Weges und der westlichen Stadtgrenze erfolgt.

Die Begrenzung bis zum Bienroder Weg erfolgte, da die Schunter zwischen Borwall und Bienroder Weg im kommenden Jahr renaturiert wird. Der Abfluss bei Hochwasser kann damit an den Engstellen an der Bevenroder Straße und am Bienroder Weg verbessert werden (siehe Vorlage 25-25225). Für die Schuntersiedlung östlich des Bienroder Wegs erarbeitet die Verwaltung zudem eine Hochwasserschutzmaßnahme, die im besiedelten Bereich eine Verkleinerung des Überschwemmungsgebiets möglich machen wird.

Die Renaturierung und die Hochwasserschutzmaßnahme wirken sich nicht auf das festzusetzende Überschwemmungsgebiet westlich des Bienroder Wegs aus.

Die öffentliche Bekanntmachung des Ordnungsverfahrens erfolgte am 24. April 2023 in der Braunschweiger Zeitung und im Internet. Der Ordnungsentwurf und die dazu gehörenden Karten wurden vom 2. Mai 2023 bis einschließlich 2. Juni 2023 öffentlich ausgelegt und zeitgleich im Internet veröffentlicht. Gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes konnten bis zum 16. Juni 2023 Einwendungen erhoben werden. Neben den Betroffenen wurden die anerkannten Naturschutzvereinigungen und die Träger öffentlicher Belange am Verfahren beteiligt.

Die Verwaltung hat zunächst das messtechnisch gut dokumentierte „Weihnachtshochwasser 2023“ ausgewertet, bevor die Einwendungen erörtert wurden. Die der Ausweisung zugrundeliegenden Berechnungen haben sich als zutreffend erwiesen.

Der Erörterungstermin fand am 19. März 2025 statt. Die eingegangenen Einwendungen wurden mit den Einwendenden und den Trägern öffentlicher Belange erörtert. Im Nachgang wurden in gesonderten Terminen mit einzelnen Einwendenden deren Grundstücke in Teilen nachvermessen und der Verlauf der Überschwemmungsgrenze entsprechend der vor Ort festgestellten Verhältnisse angepasst.

Die Einwendenden haben sich vor Ort mit den Konsequenzen aus der Überprüfung/Vermessung einverstanden gezeigt

Bei der Ordnungskarte konnten somit im Vergleich zur vorläufigen Sicherung einzelne Häuser ausgenommen werden; der mäandrierende Verlauf der Hochwasserlinie konnte begradigt und so eine in der Örtlichkeit besser nachvollziehbare Linie festgelegt werden.

Eine größere Veränderung konnte nur im Bereich Flachsrottenweg/Lincolnsiedlung vorgenommen werden. Hier hat die Renaturierungsmaßnahme „Schunter Butterberg“ (Vorlage 21-15057) einen verbesserten Hochwasserschutz bewirkt.

Gekeler

Anlage/n:

Verordnungstext
mit Anlage 1 Blatt 1 Übersichtskarte 1:25.000
und Anlage 2 Blatt 1 und 2 Detailkarten im Maßstab 1:5.000
Niederschrift Erörterungstermin (ohne Anlagen)
Ergebnis Ortsbesichtigungen (ohne Anlagen)

Verordnung über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Schunter zwischen der westlichen Seite des Bienroder Weges und der westlichen Stadtgrenze in der Stadt Braunschweig

vom 25. September 2025

Aufgrund der §§ 76 und 78 WHG (Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts – Wasserhaushaltsgesetz – (WHG) vom 31. Juli 2009 (Bundesgesetzblatt I – BGBl. I – Seite 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. I 2023 Nr. 409), in der derzeit geltenden Fassung) i. V. m. § 115 NWG (Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) vom 19. Februar 2010 (Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt – Nds. GVBl. – 2010 Seite 64), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. September 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 82), in der derzeit geltenden Fassung) i. V. m. § 91 Absatz 2 NWG und § 58 Absatz 1 Ziffer 5 NKomVG (Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt – Nds. GVBl. – Seite 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 3), in der derzeit geltenden Fassung) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 16. September 2025 folgende Verordnung beschlossen:

§ 1

Überschwemmungsgebiet

(1) Für die Schunter in der Stadt Braunschweig wird ein Überschwemmungsgebiet festgesetzt. Das Überschwemmungsgebiet beginnt in der Stadt Braunschweig an der westlichen Seite des Bienroder Weges und endet an der westlichen Stadtgrenze (Grenze zum Landkreis Gifhorn).

(2) Die Grenzen des Überschwemmungsgebietes sind in der mitveröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1:25.000 eingezeichnet. Die genauen Grenzen des Überschwemmungsgebietes ergeben sich aus zwei Karten im Maßstab 1:5.000, die Bestandteil dieser Verordnung sind.

(3) Der Verordnungstext und die Karten können vom Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung an während der Dienststunden bei der Stadt Braunschweig (Fachbereich Umwelt, Abteilung Gewässer- und Bodenschutz, Untere Wasserbehörde, Willy-Brandt-Platz 13, 38102 Braunschweig) kostenlos eingesehen werden.

(4) Der Verordnungstext und die Karten stehen vom Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung an im Internet unter www.braunschweig.de/leben/umwelt_naturschutz/wasser/schunter_ueberschwemmungsgebiet.php zur Einsicht zur Verfügung.

§ 2

Verbote, Genehmigungspflicht

Verbote und Genehmigungspflichten für Handlungen oder Maßnahmen im Überschwemmungsgebiet richten sich nach den Vorschriften des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts und des Niedersächsischen Wassergesetzes in der jeweils geltenden Fassung.

§ 3

Ausnahmen

Genehmigungsfrei im Überschwemmungsgebiet sind

- a) das Lagern von Stroh-, Heu- und Silageballen sowie Lesesteinhaufen in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September eines jeden Jahres mit der Maßgabe, dass sie bei Hochwassergefahr zu entfernen sind. Die Hochwassergefahr tritt ein, sobald die Schunter bordvoll ist und droht über die Ufer zu treten;
- b) das Zwischenlagern von Zuckerrüben für die Zuckerrübenabfuhr auf den Schlägen bis längstens vier Wochen nach der Rodung mit der Maßgabe, dass sie bei Hochwassergefahr zu entfernen sind. Die Hochwassergefahr tritt ein, sobald die Schunter bordvoll ist und droht über die Ufer zu treten;
- c) das Aufstellen von ortsüblichen Weidezäunen und Viehtränken.

§ 4

Bestandsschutz

Anlagen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung wirksam zugelassen oder rechtmäßig vorhanden sind, bleiben weiter zugelassen.

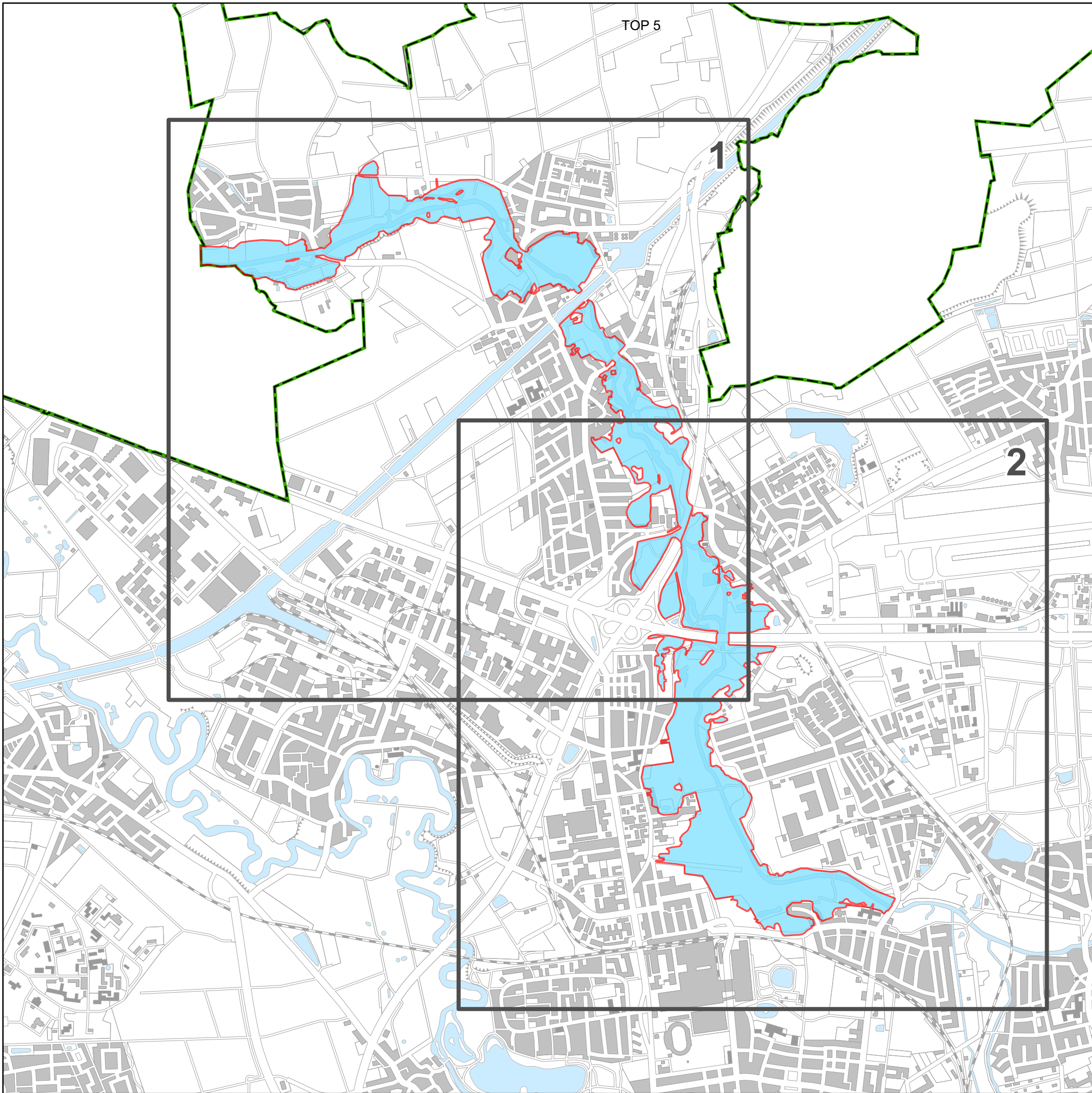
§ 5

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für die Stadt Braunschweig in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt der Teil der Verordnung über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Schunter vom 17. September 2009 (Niedersächsisches Ministerialblatt Nr. 39 vom 30. September 2009), der den in § 1 dieser Verordnung beschriebenen Bereich betrifft, außer Kraft.
- (3) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung wird die vorläufige Sicherung des Überschwemmungsgebietes der Schunter vom 12. Mai 2021 (Niedersächsisches Ministerialblatt Nr. 17 vom 12. Mai 2021) für den in § 1 dieser Verordnung beschriebenen Bereich gegenstandslos. Die in Satz 1 genannte Verordnung wird in dem Bereich von der östlichen Stadtgrenze (Grenze zum Landkreis Helmstedt) bis einschließlich des Bienroder Weges von den Regelungen dieser Verordnung nicht berührt.

Braunschweig, den 25. September 2025

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.



Braunschweig

Überschwemmungsgebiet der Schunter

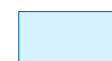
Übersichtskarte



festgesetztes Überschwemmungsgebiet



Blattschnitt des festgesetzten
Überschwemmungsgebietes



Gewässer



Stadtgrenze



Maßstab: 1:25.000

0 1 km

Herausgeber und Copyright:
Stadt Braunschweig Fachbereich Umwelt, 2025
Untere Wasserbehörde

Kartengrundlage:
Stadtkarte der Stadt Braunschweig
© 2025 Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

Anlage 1 Blatt-Nr. 1 zur Überschwemmungsgebietsverordnung der
Stadt Braunschweig vom 07.05.2025, Aktenzeichen
56.40.012-2025/000004

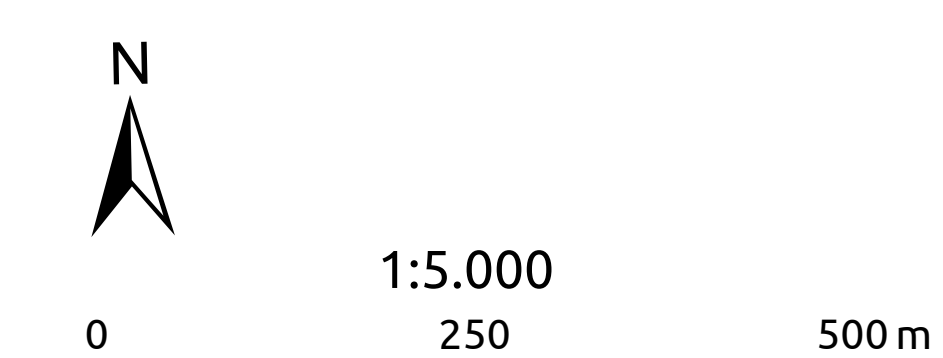
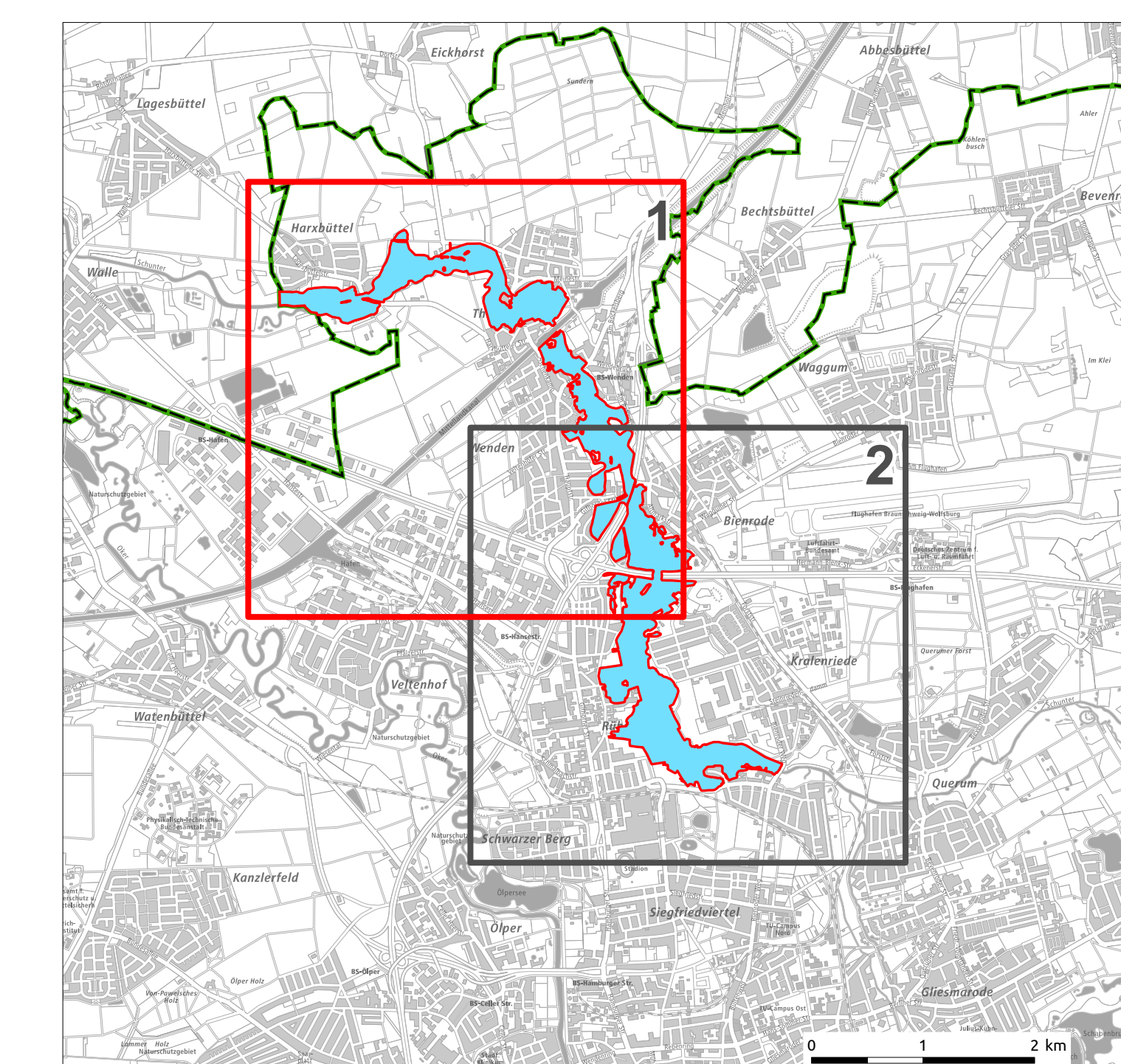
Überschwemmungsgebiet der Schunter

Blattschnitt 1

 festgesetztes Überschwemmungsgebiet

 Gewässer

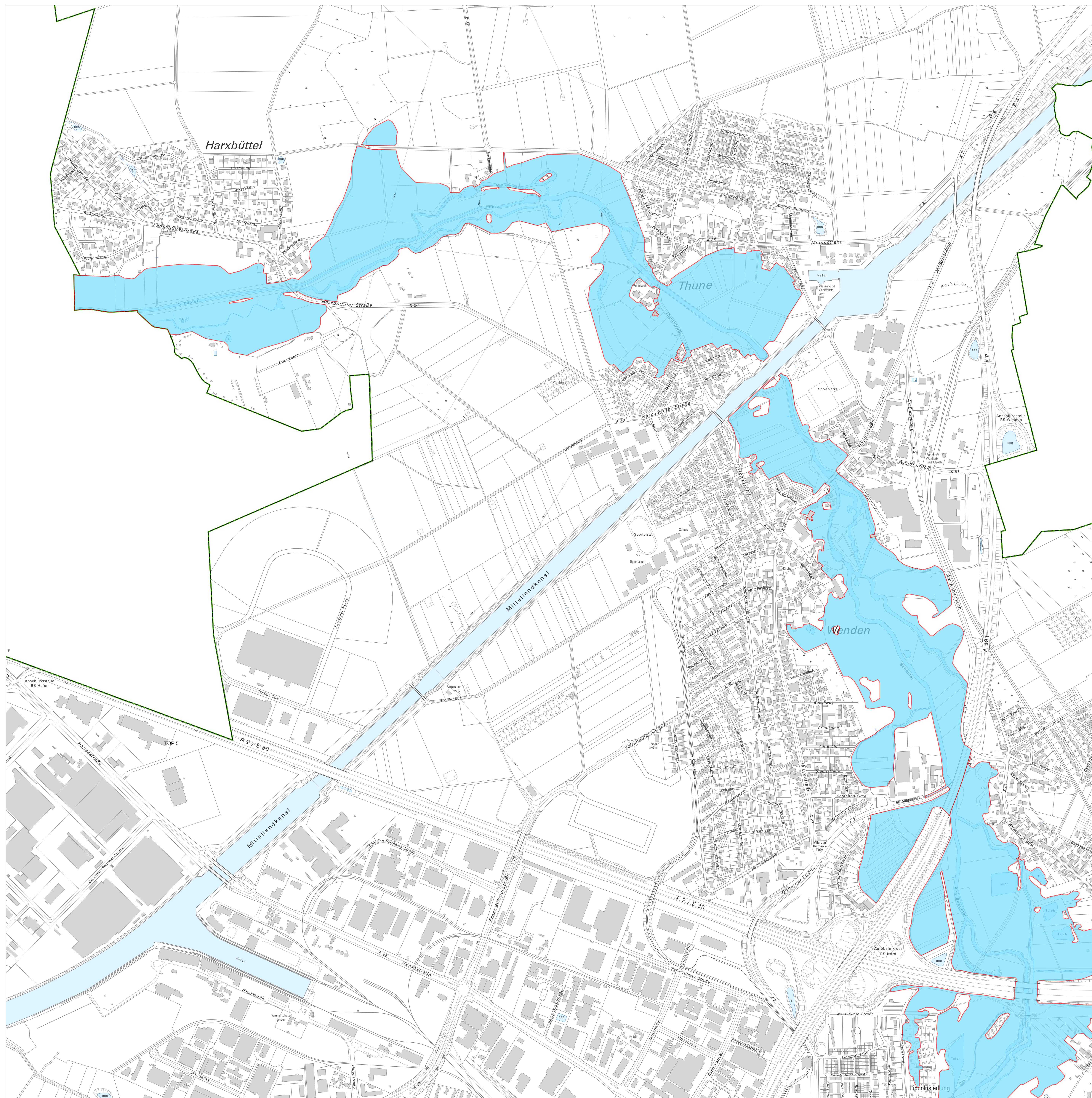
 Stadtgrenze



Herausgeber und Copyright:
Stadt Braunschweig Fachbereich Umwelt, 2025
Untere Wasserbehörde

Kartengrundlage:
Stadtkarte der Stadt Braunschweig
© 2025 Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation


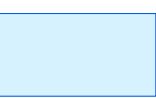

Anlage 1 Blatt-Nr. 2 zur Überschwemmungsgebietsverordnung
der Stadt Braunschweig vom 07.05.2025,
Aktenzeichen 56.40.012-2025/000004

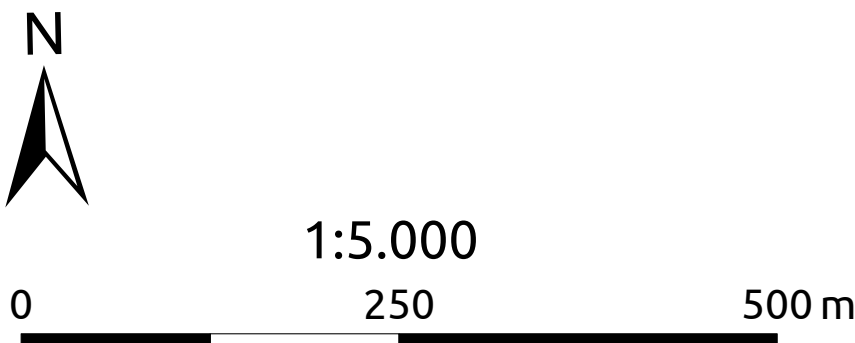
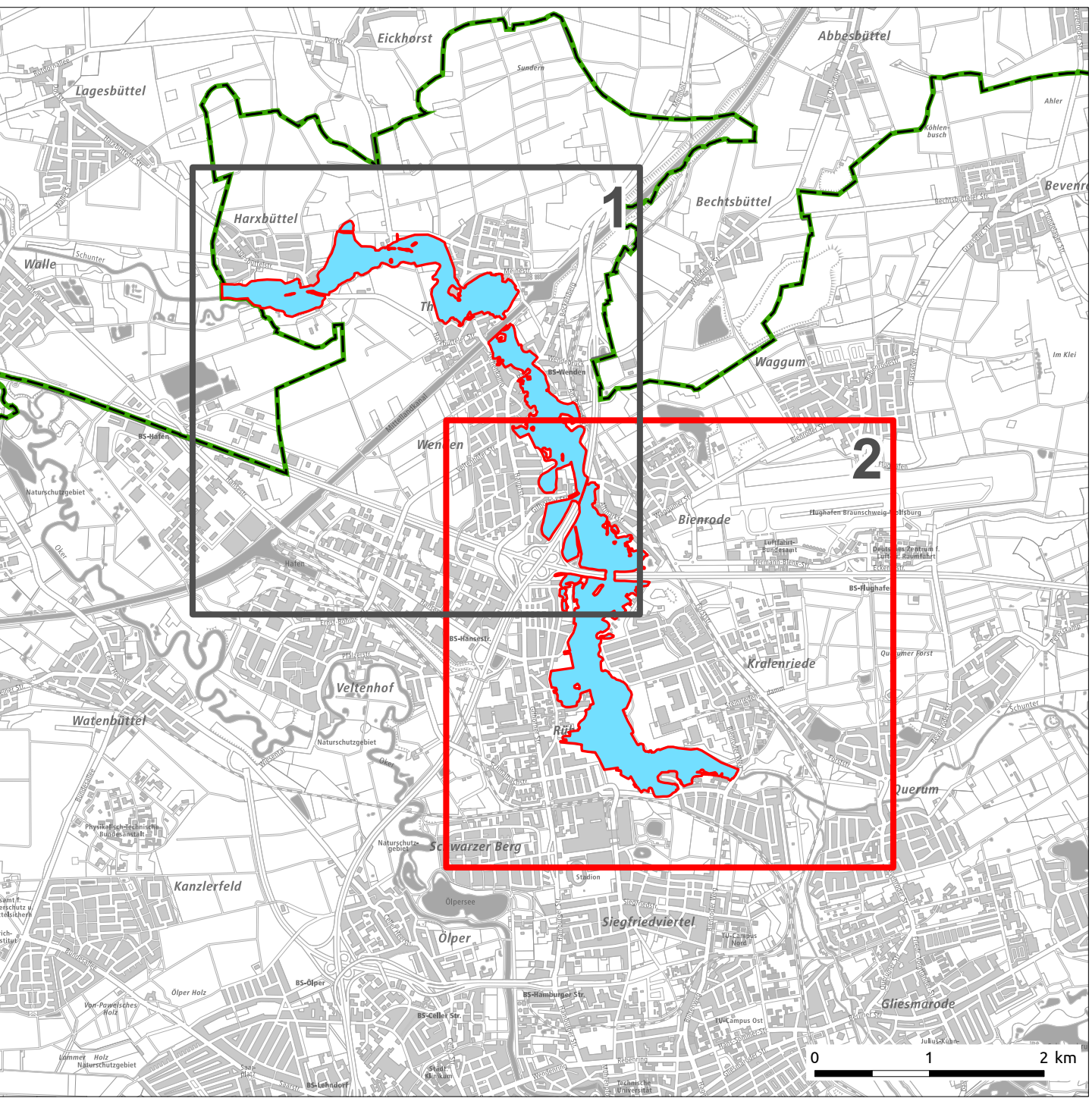




Überschwemmungsgebiet der Schunter

Blattschnitt 2

-  festgesetztes Überschwemmungsgebiet
-  Gewässer
-  Stadtgrenze



Herausgeber und Copyright:
Stadt Braunschweig Fachbereich Umwelt, 2025
Untere Wasserbehörde

Kartengrundlage:
Stadtkarte der Stadt Braunschweig
© 2025 Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

Anlage 1 Blatt-Nr. 3 zur Überschwemmungsgebietsverordnung
der Stadt Braunschweig vom 07.05.2025,
Aktenzeichen 56.40.012-2025/000004

Niederschrift über den Erörterungstermin im wasserrechtlichen Festsetzungsverfahren „Überschwemmungsgebiet Schunter“

Der Erörterungstermin im wasserrechtlichen Festsetzungsverfahren „Überschwemmungsgebiet Schunter in Braunschweig im Bereich zwischen dem Bienroder Weg und der westlichen Stadtgrenze“ fand am 19. März 2025 im Dienstgebäude der Stadt Braunschweig, Willy-Brandt-Platz 13, Räume 2 bis 4 im EG, 38102 Braunschweig, statt. Der Termin wurde um 09:01 Uhr eröffnet und endete um 10:55 Uhr.

Der Erörterungstermin wurde von Herrn Romey, Leiter der Abteilung Gewässer- und Bodenschutz, geleitet; Schriftführerinnen waren Frau Krökel und Frau Henke-Kolb; als weitere Vertreter der Festsetzungsbehörde war Herr Simon anwesend. Die weiteren Anwesenden können der Anwesenheitsliste entnommen werden, die als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift ist.

Nach der Begrüßung wurde die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Bekanntmachung des Erörterungstermins (öffentlich bekannt gemacht am 10. März 2025 in der Braunschweiger Zeitung und am 25. Februar 2025 veröffentlicht auf der Internetseite der Stadt Braunschweig) festgestellt.

Der Verhandlungsleiter erläutert einleitend den bisherigen Gang des Verordnungsverfahrens anhand einer Power-Point-Präsentation, deren Inhalt wie folgt zusammengefasst wird:

- Das Land Niedersachsen hat das Überschwemmungsgebiet (ÜSG) der Schunter neu berechnet und die vorläufige Sicherung am 12.05.2021 im Niedersächsischen Ministerialblatt bekannt gemacht.
- Die Landesdaten und die entsprechenden Berechnungen wurden von der Stadt Braunschweig überprüft und mit eigenen Daten abgeglichen.
- Im Ergebnis haben sich gegenüber der vorläufigen Sicherung Veränderungen ergeben: Einzelne Häuser wurden in das Überschwemmungsgebiet aufgenommen, andere Häuser konnten ausgenommen werden; der mäandrierende Verlauf der Hochwasserlinie wurde begradigt und so konnte eine annähernd gerade und besser nachvollziehbare Linie, die eine räumliche Orientierung ermöglicht, geschaffen werden.
- Eingrenzung des Bereichs: östliche Schuntersiedlung Hochwasserschutzmaßnahme geplant; zudem Renaturierung im Bereich Querum; Grenze daher Bienroder Weg
- Die öffentliche Bekanntmachung des Verordnungsverfahrens ist am 24. April 2023 in der Braunschweiger Zeitung erfolgt
- Der Verordnungsentwurf und die dazu gehörenden Unterlagen wurden zwischen dem 2. Mai 2023 und dem 2. Juni 2023 ausgelegt.
- Aktualisierung des Modells: Renaturierung Rühme und auch der Bereich Frickenmühle wurde in dem hydraulischen Modell nachgepflegt.
- Prüfung des Modells mittels des Weihnachtshochwassers: Abflussmessung vom NLWKN zum Scheitelabfluss durchgeführt: Pegelmessungen der SE|BS. Weihnachtshochwasser wird mit Modell nachgerechnet: Die berechneten Wasserstände stimmen mit den gemessenen Werten gut überein.
- Genauigkeit besser als Anforderungen aus dem Erlass vom 11.11.2016, der von +/- 20 cm spricht.
- Anpassung der Karten nicht erforderlich: Verfahren wird ohne Änderungen fortgeführt.

Die Einwendungen und Stellungnahmen wurden anschließend nach den Themenbereichen

Träger öffentlicher Belange

Verbände/Vereinigungen

Privatpersonen

geordnet und in dieser Reihenfolge erörtert. Eine entsprechende Tagesordnung lag auf den Tischen im Erörterungsraum aus.

Die eingegangenen Stellungnahmen, Äußerungen und Einwendungen werden um die Ergebnisse der Erörterung ergänzt. Die in der nachfolgenden Tabelle angesprochenen Kartenausschnitte und Fotos, die während der Erörterung gezeigt wurden, sind als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

Stellungnahme Träger Öffentlicher Belange	Ergebnis der Erörterung
<p>Stadt BS, Referat Stadtbild und Denkmalpflege vom 03.05.2023</p> <p>Das Referat Stadtbild und Denkmalpflege als Träger Öffentlicher Belange Denkmalschutz macht <u>keine Bedenken</u> gegen die geplante Festsetzung des Überschwemmungsgebietes geltend. Betroffene Kulturdenkmale im Sinne des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes bei einer Überschwemmung im Ausmaß dieser Festsetzung wären</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gebäudeteile der Frickehmühle zwischen Harxbüttel und Thune - die Wehranlagen der Frickehmühle - der historische Grenzstein Nr. 31 direkt östlich der Frickehmühle - die Wehranlagen Wenden - die Bogenbrücke über die Schunter in Wenden - ein historischer Damm in der Schunterniederung südwestlich von Bienrode. 	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit</p> <p>Dezernat Binnenfischerei – Fischereikundlicher Dienst vom 11.05.2023</p> <p>Aus Sicht des LAVES – Dezernat Binnenfischerei ergeben sich <u>keine Hinweise oder Bedenken</u> zu der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes für die Schunter im Stadtgebiet von Braunschweig.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH vom 02.06.2023</p> <p>Die im Internet zur Verfügung gestellten Unterlagen haben wir durchgesehen. Soweit aus den beiden Übersichtskarten (Lageplan Blatt 1 und Blatt 2) ersichtlich, sind von dem ausgewiesenen Überschwemmungsgebiet HQ100 die Belange der nichtbundeseigenen Eisenbahnen nicht berührt.</p> <p>Sofern durch die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes für die Schunter in der Stadt Braunschweig ggf. doch Eisenbahninfrastrukturanlagen betroffen sind, bitten wir die jeweiligen Inhaber am o.g. Verfahren zu beteiligen, sofern dies nicht bereits erfolgt ist.</p> <p>Aus eisenbahntechnischer Sicht bestehen gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes für die Schunter in der Stadt Braunschweig <u>keine Einwände</u>.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt, Mittellandkanal/Elbe-Seitenkanal, Fachbereich Schifffahrt – Fachgebiet Schifffahrt 2 vom 05.06.2023</p> <p>Gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes für die Schunter in der Stadt Braunschweig, erhebe ich für das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Mittellandkanal / Elbe-Seitenkanal (WSA MLK / ESK) gemäß § 73 Absatz 4 VwVfG den folgenden Einwand:</p> <p>Das WSA MLK / ESK ist mit den bundeseigenen Flurstücken im Bereich des Mittellandkanals und in dem Bereich des Schunterdükers bei MLK-km 222,500 betroffen.</p> <p>Der verkehrliche Widmungszweck nach den gesetzlichen Vorgaben nach dem Wasserstraßengesetz (WaStrG), insbesondere der planfestgestellte Umfang der Unterhaltung nach § 8 WaStrG, ist durch das Vorhaben auf den bundeseigenen Flurstücken beeinträchtigt. Der für die Schifffahrt erforderliche Zustand der Bundeswasserstraße und die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs sind dadurch gefährdet.</p>	<p>Die Erörterung erfolgt auf Grundlage entsprechender Kartenausschnitte, die dieser Niederschrift beigelegt sind.</p> <p>In Abwesenheit des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes wird die Stellungnahme wie folgt erörtert:</p> <p>Überschwemmungsgebiete sind Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen oder Hochufern und sonstige Gebiete, die bei Hochwasser eines oberirdischen Gewässers überschwemmt oder durchflossen oder die für Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden. Düker gehören aus Sicht des Verhandlungsleiters nicht zwingend dazu. Der Schunterdüker ist ein technisches Bauwerk unter dem Mittellandkanal. Wenn der Düker als ÜSG ausgewiesen würde, würde es sich um ein unterirdisches ÜSG unter der Bundeswasserstraße handeln.</p> <p>Aus Sicht des NLWKN sollte das ÜSG prinzipiell nicht durch den Mittellandkanal unterbrochen werden,</p>

<p>Das WSA MLK / ESK fordert daher die Flurstücke 168/30, 428/2, 168/29 und 1310/341 aus dem Überschwemmungsgebiet herauszunehmen.</p>	<p>Die mit der Festsetzung eines ÜSG verbundenen Restriktionen entfalten aus Sicht des Verhandlungsleiters keinen Sinn. Die Funktionstüchtigkeit des Dükers wird durch die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung gewährleistet. Bei der Festsetzung des ÜSG der Oker wurde der Düker nicht mit einbezogen. Wasserwirtschaftliche Gründe, das Flurstück 168/30 in das ÜSG einzubeziehen sind nach der Erörterung nicht erkennbar.</p> <p>Das Flurstück 168/29 ist deutlich größer als die wasserbaulichen Anlagen; hier breitet sich die Schunter flächenhaft aus. Die Verhältnisse werden anhand von Kartenausschnitten veranschaulicht. Die planfestgestellten Unterhaltungserfordernisse sind auch nach Festsetzung des ÜSG uneingeschränkt zulässig. Flurstück 1310/341 wird komplett überflutet und ist auch bereits jetzt Bestandteil des festgesetzten ÜSG. Es gilt analog das Gleiche wie für das Flurstück 168/29.</p>
<p>Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig, Fachgruppe 2 vom 05.06.2023</p> <p>Der bereits vorläufig gesicherte Bereich des Überschwemmungsgebiets der Schunter im Stadtgebiet Braunschweig soll auf Grundlage des § 76 WHG i. V. m. § 115 NWG durch eine Verordnung neu festgesetzt werden. Die dazugehörigen Kartenwerke sowie der Verordnungstext liegen dafür aus.</p> <p>Als Träger öffentlicher Belange werden wir in diesem Verfahren beteiligt. Nach Durchsicht o. g. Unterlagen sowie Rücksprache mit der Interessenvertretung der örtlichen Landwirtschaft nehmen wir zu den von uns zu vertretenden Belangen wie folgt Stellung:</p> <p>Wir begrüßen es, dass sich die Verordnung auf die grundlegend geltenden Maßgaben des WHG und NWG beschränkt. Die unter § 3 genannten Ausnahmen begrüßen und unterstützen wir zudem. Insgesamt wäre es aus landwirtschaftlicher Sicht wünschenswert, außerhalb dieses Verfahrens aber in thematischer Ergänzung dazu zu prüfen, ob die Errichtung von Sammel- oder Rückhaltebecken zur Feldberegnung einen weiteren Baustein im Rahmen des regionalen Wassermanagements darstellen kann. Dadurch können Retentionsräume geschaffen, Überflutungsbereiche verringert und die effiziente Wasser- und Nährstoffnutzung in ländlichen Räumen und auf landwirtschaftlichen Flächen gefördert werden.</p> <p>Grundsätzliche <u>Bedenken erheben wir</u> gegen den Entwurf der Verordnung und die Ausweisung des ÜSG <u>nicht</u>.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Deutsche Bahn AG, Baurecht II, CR.R O42 vom 05.06.2023</p> <p>Die DB AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o. g. Verfahren: Die Festsetzung des o. g. Überschwemmungsgebietes nehmen wir zur Kenntnis. Seitens der DB AG werden <u>keine Anregungen oder Bedingungen</u> vorgebracht.</p> <p>Wir bitten um weitere Beteiligung im Verfahren. Zudem bitten wir für weitere Beteiligungen zu beachten, dass die DB Immobilien die einzige Eingangsstelle der DB AG für Beteiligungen von Trägern öffentlicher Belange ist. TÖB-Beteiligungen und Bauantragsverfahren sind an die o. g. Adresse oder an das Funktionspostfach DB.DBImm.NL.Hmb.Postfach@deutschebahn.com zu richten, um Verzögerungen in der Bearbeitung zu vermeiden. Vielen Dank.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Eisenbahn-Bundesamt vom 23.06.2023</p> <p>Ihr Schreiben ist am 24.04.2023 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

<p>Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren. Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes für einen Teilbereich der Schunter in Braunschweig nicht berührt. <u>Insofern bestehen keine Bedenken.</u></p> <p>Dort wo das genannte Überschwemmungsgebiet Eisenbahnstrecken berührt, ist sicherzustellen, dass bei der Realisierung der Planung weder die Substanz der Eisenbahnbetriebsanlagen noch der darauf stattfindende Eisenbahnverkehr gefährdet wird.</p> <p>Sofern dies nicht ohnehin veranlasst worden sein sollte, wird die Beteiligung über die Infrastrukturbetreiberin DB Netz AG, Regionalbereich Nord, Lindemannallee 3 in 30173 Hannover als Trägerin öffentlicher Belange und als Grundstückseigentümerin die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Region Nord, Hammerbrookstraße 44 in 20097 Hamburg empfohlen. Denn das Eisenbahn-Bundesamt prüft nicht die Vereinbarkeit Ihrer Planungen aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen.</p>	
<p>Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz – Betriebsstelle Süd vom 23.06.2023</p> <p>Ich möchte Ihnen trotz der bereits abgelaufenen Frist zu Ihrem Schreiben vom 25.04.2023 mitteilen, dass seitens des NLWKN <u>keine Bedenken</u> gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Schunter bestehen. Für die verspätete Rückmeldung möchte ich mich entschuldigen.</p> <p>Die Abweichung zu den Arbeitskarten wurde im Vorfeld mit Frau Bindick (NLWKN – Bst. Süd) abgestimmt, so dass keine weiteren Anmerkungen bestehen.</p> <p>Ich bitte Sie den NLWKN gerne über das Postfach Beteiligung.Sued@nlwkn.niedersachsen.de im weiteren Verfahren zu beteiligen. Vielen Dank.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen Verbände / Vereinigungen	Ergebnis der Erörterung
<p>Niedersächsisches Landvolk, Braunschweiger Land e. V. vom 14.06.2023</p> <p>Wir haben mit E-Mailschreiben vom 24. April 2023 die Ankündigung der Verordnung erhalten und den Verordnungsentwurf und die dazugehörigen Unterlagen dem Internet entnommen. Nach Durchsicht und Rücksprache mit der hiesigen Landwirtschaft teilen wir Ihnen folgende Anregungen und Bedenken gegen den Verordnungsentwurf mit:</p> <p><u>§ 3 Ausnahmen:</u></p> <p>a) Das Lagern von Stroh-, Heu- und Silageballen ist auch über den Winter hinaus eine gängige landwirtschaftliche Praxis und sollte daher ganzjährig genehmigt werden.</p> <p>b) Die Dauer des Zwischenlagerns von Zuckerrüben ist auf vier Wochen zu verlängern.</p> <p><u>Drainagen:</u></p> <p>Ein Teil der überplanten, landwirtschaftlich genutzten Flächen, ist mit einer intakten Drainage ausgestattet. Die Drainagen münden in Gräben. Die Unterhaltung/Erhaltung und Neubau von Drainagen muss zukünftig möglich sein. Ein Rückstau für die Feldinteressentschaftsgräben und Drainagen ist zu unterbinden.</p>	<p>Anders als bei der Gebietsfestsetzung, also der räumlichen Abgrenzung des ÜSG, gibt es bei den allgemein zugelassenen Ausnahmen ein Ermessen der zuständigen Behörde, das nach § 78 a Absatz 4 WHG eröffnet wird: Die zuständige Behörde kann Maßnahmen nach § 78 a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 8 allgemein zulassen. Vor diesem Hintergrund wird die Einwendung gewürdigt.</p> <p>Zu § 3 a: Im Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 31. März besteht gegenüber dem im Verordnungsentwurf gestatteten Zeitraum ein erhöhtes Risiko für Hochwasserereignisse. Die Begrenzung des Zeitraums hat insofern einen wasserwirtschaftlichen Hintergrund. Die Erweiterung des Zeitraums würde auch Zeiten mit einem erhöhten Hochwasserrisiko erfassen. Hier müssen die Schutzziele des ÜSG (§§ 78/78a WHG) gegen die landwirtschaftliche Praxis abgewogen werden.</p> <p>Der Anbau von Zuckerrüben im ÜSG spielt nach den Aussagen der Anwesenden keine besondere Rolle im festzusetzenden ÜSG. Ein Anbau ist im Bereich Harxbüttel, nördlich der Schunter denkbar. Eine Verlängerung der Lagerzeit auf vier Wochen nach der Rodung, wie vom Landvolk erbeten, begegnet keinen grundsätzlichen Bedenken.</p>

<p><u>Wegeunterhaltung:</u></p> <p>Die landwirtschaftlich genutzten Flächen sind mit einem intakten Wegenetz ausgestattet, welches sich im Überflutungsgebiet in Teilbereichen wiederfindet. Hier ist es dringend erforderlich, dass die Unterhaltungsmöglichkeit für die Interessentschaften bestehen bleiben.</p> <p>Die überplanten Flächen werden überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Hochwertige, landwirtschaftliche Nahrungsmittel werden in diesem Bereich produziert. Es muss sichergestellt sein, dass die ackerbauliche Nutzung zur Produktion dieser Lebensmittel ermöglicht wird.</p> <p>Durch das ÜSG zeichnet sich evtl. für die angrenzenden Feldinteressentschaften ein Mehrunterhaltungsaufwand für die Gräben, Wege und Drainageeinläufen ab. Diese aufkommenden Mehrunterhaltungsaufwendungen sind zukünftig zu thematisieren und einvernehmlich zu gestalten.</p> <p>Einige Wirtschaftsgebäude sowie Wohnhäuser befinden sich in dem überplanten Überschwemmungskorridor. Hier bedarf es einer Klärung, inwiefern die Mehrunterhaltungsaufwendungen/Entwicklungen für die Zukunft entschädigt werden. Die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Produktion muss weiterhin uneingeschränkt möglich sein.</p> <p>Die <u>Zaunbauentwicklung</u>, z. B. die wolfsicheren Zäune, muss in Zukunft erlaubt werden.</p> <p>Es sollte vermieden werden, dass durch die Überschwemmung von landwirtschaftlich genutzten Flächen kein Unrat, Treibholz und sonstige Belastungen ausgehen.</p> <p>Wir bitten um Berücksichtigung der vorgetragenen Bedenken und behalten uns weitere Anregungen vor.</p>	<p><u>Drainagen/Rückstau:</u></p> <p>Ein Teilnehmer merkt zum Rückstau in den Gräben der Feldmarkinteressentschaft Folgendes an: Grund sei eine unzureichende Grabenunterhaltung durch die Stadt. Die Gräben seien seit Jahrzehnten nicht ausreichend von der Stadt gepflegt worden. Es sei schwierig, bei der Stadt eine zuständige Stelle zu ermitteln.</p> <p>Der Leiter des Erörterungstermins benennt die Untere Wasserbehörde (UWB) als zuständige Ansprechpartnerin, die Unterhaltungsmängeln nachgehen würde. Im Übrigen stünde die Grabenunterhaltung nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der vorgesehenen Festsetzung des ÜSG der Schunter.</p> <p><u>Wegeunterhaltung, Dränagen</u></p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Auch nach der Ausweisung des ÜSG dürfen die Dränagen weiter betrieben und die Wege instandgesetzt werden. Mit der Ausweisung wird lediglich festgestellt, auf welchen Flächen sich das Wasser der Schunter bei Hochwasser ausbreitet. Die tatsächlich überschwemmten Flächen oder die Häufigkeit werden durch die geplante Festsetzung nicht verändert. Ansprüche an die Feststellungsbehörde hinsichtlich etwaiger Mehrunterhaltungsaufwendungen haben insofern auch keine Rechtsgrundlage.</p> <p><u>Zaunbau:</u></p> <p>Anmerkung eines Teilnehmers zur bisher erlaubten Zaunhöhe.</p> <p>Nach der NBauO sei auch das Aufstellen höherer Zäune (bspw. zum Schutz von Schafen) erlaubt.</p> <p>Der Leiter des Erörterungstermins äußert sich hierzu wie folgt:</p> <p>Die Errichtung von Knotengitterzäunen oder hohen wolfskehrenden Zäunen ist nicht ortsüblich. Es besteht die Gefahr der Auffangung von Unrat und Treibholz. Durch diese Abflusshindernisse müssen wolfskehrende Zäune im Einzelfall geprüft werden und sind lediglich nach positiver Ermessensausübung genehmigungsfähig. Eine pauschale Zulassung ist aufgrund der potentiellen Stauungs- und Hochwassergefahr nicht vorgesehen. Der Verhandlungsleiter verweist auf das Urteil des VG Münster vom 07.08.2007, das entsprechende Aussagen zur Ortsüblichkeit getroffen habe.</p>
--	--

Stellungnahme Privatpersonen	Ergebnis der Erörterung
<p>Einwendung vom 15.06.2023</p> <p>Hiermit legen wir Einspruch/Widerspruch zu Ihrem Schreiben bzgl. Überschwemmungsgebiet Schunter, betreffend Grundstück Butterberg 23 in Braunschweig, ein.</p> <p>Durch die Festsetzung liegt die Grenze des Überschwemmungsgebietes nicht mehr im Haus (vgl. vorläufige Sicherung aus 2021), sondern an der Hausgrenze (was eine Verbesserung bedeutet). Allerdings ist in unserem Fall nicht zu erkennen, wie die Stadt Braunschweig Ihrer Verpflichtung zum Hochwasserschutz für besiedelte Flächen (vgl. §1 Baugesetzbuch), sowie der Gefahrenabwehr (vgl. §1 Abs1 Nds. SOG) nachkommt.</p> <p>Vielmehr wird im Oberlauf der Schunter freie Sickerfläche bebaut. Trotz vorgeschriebener Regenrückhaltesysteme sind diese nicht annähernd so leistungsfähig wie nicht bebaute Flächen, um Wassermengen lang und starker Regenperioden zu speichern (vgl. Regenmengen Juli 2002</p>	<p>Die Erörterung erfolgt auf Grundlage eines entsprechenden Kartenausschnitts, der dieser Niederschrift beigelegt sind. Der Leiter der Erörterung äußert, dass grundsätzlich das Bestreben bestehen würde, das Gebäude aus dem ÜSG auszuschließen.</p> <p>Der Einwender stellt die Frage, warum die betroffenen Gebäude plötzlich als ÜSG ausgewiesen werden würden und vergleicht das Prozedere mit einer Enteignung. Er bittet um die Angleichung der Hochwasserlinie, um selber Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser vornehmen zu können (Wall etc.).</p> <p>Der Leiter der Erörterung erklärt, dass ein privater Hochwasserschutz direkt am Objekt meistens möglich und zielführend sei. Bis auf die Ausklammerung des Gebäudes bestünde keinerlei Spielraum bei der Ausweisung des ÜSG. Es liegt bei der Gebietsausweisung keine Ermessensentscheidung vor. Die Formulierungen des § 76 WHG i.V. mit § 115 NWG fordern von der zuständigen Behörde, die bei einem 100 jährlichen Hochwasser überschwemmten Gebiete</p>

<p>und Mai 2013), was für die Hochwasser betroffenen Bereiche, also auch für uns, eine weitere Verschlechterung bedeutet.</p> <p>Des Weiteren wird uns durch die Ausweisung des Grundstückes als Überschwemmungsgebietes die Möglichkeit genommen, gemäß §5 Abs. 2 WHG eigene, geeignete Maßnahmen zum Hochwasserschutz zu treffen.</p> <p>Wir bitten um Prüfung und Herausnahme unseres Grundstückes aus dem Überschwemmungsgebiet, ggf. durch einen Einzelfall Entscheid, um unser Haus und Grundstück schützen zu können bzw. den Wert zu erhalten.</p> <p>Alternativ fordern wir eine geeignete Maßnahme zum Hochwasserschutz durch die Stadt Braunschweig</p>	<p>festzusetzen. Grundlage der UWB in Niedersachsen sind die Arbeitskarten des NLWKN. Es bestünde nur ein begrenzter Beurteilungsspielraum, der durch fachliche Überlegungen und mit Blick auf die Genauigkeiten auszuüben sei. Ein „Korridor“ sei insofern gesetzlich nicht vorgesehen. Wenn im Einzelfall privater Hochwasserschutz z.B. im eigenen Garten geplant sei, müsse hierfür ein Antrag auf eine bauliche Anlage im ÜSG mit erforderlicher Kompensation gestellt werden. Solche Maßnahmen sind folglich auch bei Ausweisung des ÜSG möglich, sofern sie die Zulässigkeitsvoraussetzungen der §§ 78 und 78 a WHG erfüllen und hierfür eine Zulassung im Einzelfall erteilt wurde.</p> <p>Der Einwender äußert sich kritisch zum Ausbau der Kleingärten und Industrieflächen, während Hausbesitzer immer mehr Nachteile durch neue ÜSG Ausweisungen erfahren würden.</p> <p>Der Leiter der Erörterung merkt an, dass die Ausweisungen keine Ermessensentscheidung, sondern eine Pflichtaufgabe ist, die auf Grundlage der Arbeitskarten des NLWKN beruht. Der NLWKN berücksichtigt die tatsächlich am Gewässer vorgefundenen Verhältnisse. In Niedersachsen werden auch nur die Mindestforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes bei der Ermittlung der Gebiete zugrunde gelegt.</p> <p>Einen Zuschlag für den Klimawandel gibt es nicht.</p> <p>Die UWB hat nach dem Weihnachtshochwasser die Berechnungen als korrekt bestätigen können.</p> <p>Der Einwender merkt kritisch an, dass eine Verwallung bei der Renaturierung zu hoch gebaut sei.</p> <p>Die UWB kennt die Situation und hat den Wasserverband Mittlere Oker aufgefordert, die Verwallung auf das zugelassene Maß zurückzubauen. Auswirkungen auf das 100 jährliche Hochwasser erkennt der Verhandlungsleiter nicht.</p> <p>Ein Teilnehmer stellt die Frage, ob alle Maßnahmen zum Hochwasserschutz ausgeschöpft seien, sodass nur die zwingend notwendigen Flächen zur Neuausweisung anstünden. Der Verhandlungsleiter erklärt hierzu Folgendes: Grundsätzlich sind die tatsächlich am Gewässer vorgefundenen Verhältnisse zugrunde zu legen. Die Maßnahmen zur Gewährleistung des Hochwasserschutzes seien eine Daueraufgabe. Die Stadt hat jüngst die Engpassstellen im Bereich der Schunter überprüft. An mehreren Stellen sind Gehölzentnahmen vorgesehen, sobald die Brut- und Setzzeit vorbei ist.</p> <p>Auch werde ein Hochwasserrückhaltebecken an der Wabe diskutiert, aber nicht an der Schunter.</p> <p>Eine Bestätigung, dass alle denkbaren Maßnahmenoptionen ausgeschöpft seien, kann in der Form nicht abgegeben werden und ist auch nicht Voraussetzung für die Ausweisung des ÜSG.</p> <p>Der Einwender äußert sich kritisch zu den Renaturierungen Richtung Rühme (südlich A2). Mit dem Anlegen des „Bergs“ sei erhebliche Fläche verloren gegangen.</p> <p>Der Leiter der Erörterung nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>In der Gesamtbilanz wurde im Rahmen der Renaturierung zusätzlicher Retentionsraum geschaffen und die Hochwassersituation/der Abfluss durch die Maßnahmen in dem zuvor erfolgten Planfeststellungsverfahren verbessert.</p> <p>Grundsätzlich sei aber richtig, dass jede Geländeerhöhung im Überschwemmungsgebiet erst einmal bedenklich sei und daher einer Genehmigung bedürfe. Im vorliegenden Fall sind die Nachteile kompensiert worden.</p> <p>Die Einwendung bleibt bestehen.</p>
<p>Einwendung vom 13.06.2023</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und auf die ähnliche Situation wie beim Vorredner verwiesen.</p>

<p>Hiermit lege ich Einwendung zu der Neuberechnung bzgl. des Überschwemmungsgebietes Schunter, betreffend Grundstück Butterberg 22 in Braunschweig, ein.</p> <p>Begründung:</p> <p>Sie haben mit der letzten Berechnung zwar den Überflutungsbereich aus dem bebauten Bereich meines Grundstückes herausgenommen und direkt an die Bebauungsgrenze gelegt, das ist aber immer noch ungünstiger, als 2003, als ich die Immobilie erworben habe, was den Wert der Immobilie und des Grundstückes wesentlich mindert und zu einer Verteuerung oder gar einer Unversicherbarkeit über die Wohngebäudeversicherung führen kann.</p> <p>In den vergangenen Jahren wurden von der Stadt Braunschweig immer mehr Baugebiete für Wohn- und Gewerbeflächen ausgewiesen und erschlossen, für die im Oberlauf der Schunter und deren Zuflüsse keine ausreichenden Ausgleichsflächen geschaffen wurden. Ferner wurde die Schunter z.B. im Bereich Schuntersiedlung/Schunteraue, angrenzend an die Straße Butterberg renaturiert, wodurch ein Abfließen von Wasser ggf. verzögert wird.</p> <p>Es kann nicht sein, dass Neubaugebiete und andere Maßnahmen mit den negativen Einflüssen auf den Hochwasserschutz genehmigt werden und die Eigentümer von Bestandsgrundstücken und -bebauungen dadurch benachteiligt und sich quasi selber überlassen werden.</p> <p>Es ist nicht zu erkennen, welche Maßnahmen die Stadt Braunschweig gemäß §1 BauGB ergreift, um den Bestand zu schützen.</p> <p>Ich bitte Sie um neue Prüfung/Berechnung, ob mein Grundstück aus dem Überflutungsbereich herausgenommen werden kann!</p> <p>Wir bitten um direkte Einbindung und Benachrichtigung bei anstehenden nächsten Schritten.</p>	<p>Einwendung bleibt bestehen.</p>
<p>Einwendung vom 15.06.2023</p> <p>Hiermit legen wir Einspruch/Widerspruch zu Ihrem Schreiben bzgl. Überschwemmungsgebiet Schunter, betreffend Grundstück Butterberg 21 in Braunschweig, ein.</p> <p>Durch die Festsetzung liegt die Grenze des Überschwemmungsgebietes nicht mehr im Haus (vgl. vorläufige Sicherung aus 2021), sondern an der Hausgrenze (was eine Verbesserung bedeutet).</p> <p>Allerdings ist in unserem Fall nicht zu erkennen, wie die Stadt Braunschweig Ihrer Verpflichtung zum Hochwasserschutz für besiedelte Flächen (vgl. §1 Baugesetzbuch), sowie der Gefahrenabwehr (vgl. §1 Abs1 Nds. SOG) nachkommt</p> <p>Vielmehr wird im Oberlauf der Schunter freie Sickerfläche bebaut. Trotz vorgeschriebener Regenrückhaltesysteme sind diese nicht annähernd so leistungsfähig wie nicht bebaute Flächen, um Wassermengen lang und starker Regenperioden zu speichern (vgl. Regenmengen Juli 2002 und Mai 2013), was für die Hochwasser betroffenen Bereiche, also auch für uns, eine weitere Verschlechterung bedeutet.</p> <p>Des Weiteren wird uns durch die Ausweisung des Grundstückes als Überschwemmungsgebietes die Möglichkeit genommen, gemäß §5 Abs. 2 WHG eigene, geeignete Maßnahmen zum Hochwasserschutz zu treffen.</p> <p>Wir bitten um Prüfung und Herausnahme unseres Grundstückes aus dem Überschwemmungsgebiet, ggf. durch einen Einzelfall Entscheid, um unser Haus und Grundstück schützen zu können, bzw. den Wert zu erhalten. Alternativ fordern wir eine geeignete Maßnahme zum Hochwasserschutz durch die Stadt Braunschweig</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Einwendung bleibt bestehen.</p>

<p>Einwendung vom 04.05.2023</p> <p>Vielen Dank für die untenstehende Mail.</p> <p>Und ganz besonderen Dank, dass Sie die Hochwassersituation am Flachsrottenweg neu bewertet haben. Der neue Wall zeigt seine Wirkung.</p> <p>Ich habe bereits die Nachbarn darüber informiert, dass wir "raus" sind.</p> <p>Ihre neue Festlegung passt damit auch zu unserer Einschätzung, sodass wir keine Einwände gegen die überarbeiteten Pläne haben.</p>	<p>Der Einwender bedankt sich im Namen der Anwohner für die Verwallung am Flachsrottenweg. Es sei ein deutlicher Rückgang der Überschwemmungsgrenze zu bemerken.</p> <p>Es wird die Frage geäußert, warum in diesem speziellen Fall die Möglichkeit eines Walls bestanden hätte und solche Maßnahmen an anderen Orten nicht getätigt werden könnten.</p> <p>Der Leiter der Erörterung erklärt, dass am Flachsrottenweg die Möglichkeit bestanden hatte, Bodenaushub aus der benachbarten Renaturierung zweckgerichtet ortsnahe einzubauen. Städtische Flächen hätten dafür zur Verfügung gestanden. Auch eine Verwallung bedarf eines wasserrechtlichen Feststellungsverfahrens, in welchem die Auswirkungen geprüft werden. Das war im vorliegenden Fall im Planfeststellungsverfahren für die Renaturierung möglich. Etwas Vergleichbares hat es an anderen Orten nicht gegeben.</p> <p>Es besteht weiterhin kein Einwand.</p>
<p>Einwendung vom 02.04.2023</p> <p>Ich möchte heute Einspruch einlegen gegen das neu festgesetzte Überschwemmungsgebiet der Schunter im Bereich Braunschweig Bienrode Altmarkstr 36A.</p> <p>Es liegt offensichtlich ein Arbeitsfehler bei der Erstellung der Karten vor. Ich bitte Sie diese Fehler zu korrigieren und die Karte den realen Gegebenheiten anzupassen.</p> <p>Begründung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die dargestellten neuen Überflutungsflächen basieren offensichtlich auf der Verbindung von erfassten Referenzpunkten ohne die tatsächlichen Höhenprofile der Örtlichkeit zwischen den Referenzpunkten zu erfassen. Nur so scheint es erklärbar, dass wagerechten Flächen (insbesondere die Terrassenfläche und die EG-Fläche von Altmarkstr 36A) in Ihrer neuen Planung diagonal durchtrennt und teilweise vom Hochwasser erfasst werden, teilweise aber nicht erfasst werden. - Der Boden der angeblich vom Hochwasser betroffenen Terrassen und EG-Flächen liegt eindeutig und mit bloßem Auge deutlich erkennbar über den Garten- und Straßenflächen, die Ihrer Planung nach nicht vom Hochwasser betroffen sind. Niederschlagswasser fließt problemlos und nachweislich von den fälschlich blau gefärbten Flächen auf die weiß gefärbten nicht betroffenen Flächen ab. Der Fehler ist somit offensichtlich. <p>Bei Bedarf können Sie sich gerne vor Ort von den Gegebenheiten überzeugen.</p> <p>Ich halte die Karte noch in weiteren Punkten für unkorrekt. Insbesondere stellt die Brücke vor Altmarkstr 36A eine Erhöhung dar, die deutlich über der nicht vom Hochwasser erfassten Straße liegt. Trotzdem scheint die Brücke bei Hochwasser überflutet zu werden, was ich für unplausibel halte. Dieser Fehler ist für mich allerdings nicht von Belang.</p> <p>In der Anlage können Sie sehen, um welche Korrekturen (gelbe Markierungen) ich bitte.</p>	<p>Das Gebäude wird bei der abschließenden Bestimmung der Grenzen des ÜSG ausgeschlossen.</p> <p>Dem Einwand wird entsprochen.</p> <p>Ein entsprechender Kartenausschnitt wird gezeigt.</p> <p>Der Einwender wendet ein, es wäre mit bloßem Auge ersichtlich, dass die Berechnungen zum Höhenprofil nicht exakt seien.</p> <p>Das NLWKN erläutert den Anwesenden daraufhin die Details der Berechnungsgrundlage. Vereinzelt Ungenauigkeiten würden aufgrund des Berechnungsprozederes vorkommen, daher bestünde die Notwendigkeit der nachträglichen Überprüfung durch die UWB und die ggf. erforderlichen Anpassungen im Rahmen des Erörterungstermins.</p>
<p>Einwendung vom 15.06.2023</p> <p>Ich bin Eigentümerin der folgenden Grundstücke:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Thune Blatt 1142: • Ich bin als Eigentümer mehrfach nachteilig betroffen. • Ich erhebe Einwendungen gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinen Grundstücken. 	<p>Die Erörterung erfolgt auf Grundlage eines entsprechenden Kartenausschnitts, der dieser Niederschrift beigelegt sind.</p> <p>Der Leiter der Erörterung erklärt, dass bei der Planung der Festsetzung bereits berücksichtigt worden sei, die Begradigung der Linie so gut wie möglich umzusetzen und bei Gebäuden zu entscheiden, ob diese innerhalb oder außerhalb des Überschwemmungsgebietes liegen.</p> <p>Die Einwenderin gibt zu bedenken, das Gebäude liege auf einer Höhe und die Ausweisung folge keiner nachvollziehbaren Logik.</p> <p>Die Herausnahme des Gebäudes sei, laut dem Leiter der Erörterung, evtl. eine Möglichkeit nach einer Prüfung der Verhältnisse vor Ort.</p>

<ul style="list-style-type: none"> Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes ist mit der Eigentumsgarantie aus Artikel 14 Grundgesetz unvereinbar, weil sie in enteignender Weise in Rechte als Grundstückseigentümer eingreift. Ich fordere, dass meine Grundstücke aus dem Überschwemmungsgebiet ausgenommen oder teilweise ausgenommen werden. <p>Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinem Grundstück bedeutet:</p> <ul style="list-style-type: none"> Erhebliche Eingriffe in Freiheit und Eigentum für mich als Grundstückseigentümer Eine Gefährdung meines Eigentums Wirtschaftliche und finanzielle Nachteile Eine Einschränkung eigener Schutzmaßnahmen für mein Eigentum gegen Hochwasser und dass ich dadurch einem vermeidbaren Sicherheitsrisiko ausgesetzt bin Dass künftig keine Gebäude- oder Hausratversicherung mehr abgeschlossen werden kann. Und wenn, dann nur zu horrenden Versicherungsprämien Eine Wertminderung und Nutzungsbeeinträchtigung meiner Grundstücke und der Immobilie Dass die betroffenen Grundstücke damit praktisch wertlos werden, weil unverkäuflich und nicht zu beleihen Eine Minderung meiner Wohn- und Lebensqualität durch die Nutzungseinschränkungen (z. B. Pflanzen von Bäumen für den Schutz von Insekten und Vögeln) Das sich mein Haus laut ihrer Feststellung auf einer baldigen „Hallig“ befindet. Ich stelle in Frage, inwieweit ihre vorläufige Feststellung des möglichen Überschwemmungsgebietes auf meinen oben genannten Flurstücken richtig ist. Anwohner und Nachbarn im Wilsedeweg liegen „trocken“ und hier soll das Wasser in meinem Wohnhaus stehen. Laut ihrer vorläufigen Feststellung sind mehr als 1/3 meiner Wohn- und Nutzgebäude betroffen. Ich fordere eine Erörterung dieses Sachverhaltes, da mir dies mehr als unschlüssig erscheint. <p>Eine Einbeziehung meines bewohnten Grundstücks ist unverhältnismäßig, da ein vorbeugender Hochwasserschutz wesentlich effektiver ist, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Sicherung einer maximal möglichen Abflusskapazität, keine Querbebauung durch Teiche entgegen der Fließrichtung wie sie in Thune stattgefunden hat Den Abflussquerschnitt freihalten Das Entfernen der Totholz- und Treibholzsperrern Das Erhalten oder Wiederherstellen der Schunteraltarme (hier wird bisher nicht das mögliche Volumen genutzt). Arme sind nach wie vor „trocken gelegt“, eine Reaktivierung würde das Wasser auf die bereits früheren Flächen ableiten können. Den geplanten Brückenneubau so zu gestalten, dass der Hochwasserabfluss dadurch nicht mehr behindert wird (an dem Brückenfeiler in der Mitte sammelt sich Totholz usw., sodass ein ungehinderter Ablauf nicht mehr möglich ist). <p>Es kann nicht sein, dass Grundstückseigentümer, die seit Jahrzehnten dort wohnen und ihre Existenz mühsam aufgebaut haben, auf einmal per Verordnung zu einem Überschwemmungsgebiet mit enteignungsgleichen Konsequenzen überplant werden.</p> <p>Ohnehin kann durch den vorhandenen Hochwasserschutz der eingefriedeten Grundstücke kein Hochwasser durchfließen.</p> <p>Daraus lässt sich eine fehlerhafte Abwägung für eine Festsetzung der betreffenden Grundstücke ableiten.</p> <p>Es gibt zudem am Schunterlauf genügend Flächen, die sich als Überschwemmungsreserve nutzen lassen.</p>	<p>Der Vorschlag wird angenommen und es wird sich auf eine Vor-Ort-Besichtigung im April geeinigt.</p> <p>Die Einwendung bleibt bestehen.</p>
--	---

<p>Als betroffener Anwohner und Grundstückseigentümer bitte ich daher eindringlich von der Festsetzung eines Überschwemmungsgebietes auf meinen Grundstücken abzusehen bzw. diese aus dem Geltungsbereich des Plans herauszunehmen.</p>	
<p>Einwendung vom 15.06.2023</p> <p>Ich, der Einwender, wohnhaft im Wilsedeweg 4 a 38110 Braunschweig, OT Thune, bin Eigentümer der folgenden Grundstücke:</p> <p>Blatt Nr. 976 547 471 975</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ich bin als Eigentümer mehrfach nachteilig betroffen. • Ich erhebe Einwendungen gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinen Grundstücken. • Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes ist mit der Eigentumsgarantie aus Artikel 14 Grundgesetz unvereinbar, weil sie in enteignender Weise in Rechte als Grundstückseigentümer eingreift. • Ich fordere, dass meine Grundstücke aus dem Überschwemmungsgebiet ausgenommen oder teilweise ausgenommen werden. <p>Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinem Grundstück bedeutet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • erhebliche Eingriffe in Freiheit und Eigentum für mich als Grundstückseigentümer • eine Gefährdung meines Eigentums • eine Gefährdung meiner landwirtschaftlichen Existenz • wirtschaftliche und finanzielle Nachteile • eine Einschränkung eigener Schutzmaßnahmen für mein Eigentum gegen Hochwasser und • dass ich dadurch einem vermeidbaren Sicherheitsrisiko ausgesetzt bin • dass künftig keine Gebäude- oder Hausratversicherung mehr abgeschlossen werden kann. Und wenn, dann nur zu horrenden Versicherungsprämien • eine Wertminderung und Nutzungsbeeinträchtigung meiner Grundstücke und der Immobilien • dass die betroffenen Grundstücke damit praktisch wertlos werden, weil unverkäuflich und nicht zu beleihen • eine Minderung meiner Wohn- und Lebensqualität durch die Nutzungseinschränkungen <p>Eine Einbeziehung meines bewohnten Grundstücks ist unverhältnismäßig, da ein vorbeugender Hochwasserschutz wesentlich effektiver ist, wie z. B:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Sicherung einer maximal möglichen Abflusskapazität, keine Querbebauung durch Teiche entgegen der Fließrichtung Lahwiese und regelmäßiges Freiräumen, damit der Durchfluss gewährleistet ist (Bild 1-3 im Anhang) • den Abflussquerschnitt freihalten • das Entfernen der Totholz- und Treibholzsperrern • das Erhalten oder Wiederherstellen der Schunteraltarme Am Mühlengraben/Denkmalweg • die Stadt den geplanten Schunterbrückenneubau im Hochwassergebiet so plant und umsetzt, dass der Durchfluss ausreichend bemessen ist - breiter als bisher -, sodass der Hochwasserabfluss nicht mehr behindert wird • beim geplanten Brückenneubau einen Steg für Fischotter/Biber berücksichtigen <p>Es kann nicht sein, dass Grundstückseigentümer, die seit Jahrzehnten dort wohnen und ihre Existenz mühsam aufgebaut haben, auf einmal per Verordnung zu einem Überschwemmungsgebiet mit enteignungsgleichen Konsequenzen überplant werden. Ohnehin kann durch den vorhandenen Hochwasserschutz der eingefriedeten Grundstücke kein Hochwasser durchfließen.</p>	<p>Die Erörterung erfolgt auf Grundlage eines entsprechenden Kartenausschnitts, der dieser Niederschrift beigelegt sind.</p> <p>Der Einwender bemängelt erheblichen Rückstau des Wassers durch das neu gebaute Wehr und die „Querbebauung“ der Teiche und der Brücke.</p> <p>Der Leiter der Erörterung weist darauf hin, dass die Berechnungen des NLWKN realistisch gewesen seien.</p> <p>Zur Thematik der Berechnungen äußert ein Teilnehmer, dass das Weihnachtshochwasser nicht für die Berechnungen zugrunde gelegt werden könne. Stattdessen hätte das Jahrhunderthochwasser aus dem Jahr 2002 als Berechnungsgrundlage verwendet werden sollen.</p> <p>Des Weiteren könne die Wehrtafel nicht vollständig aus dem Hochwasser herausgezogen werden, sodass oft eine mangelhafte Durchflussmöglichkeit gegeben sei. Nach Gespräch mit Hr. Glodniok (Anmerkung der Schriftführerinnen: Geschäftsführer des Wasserverbandes Mittlere Oker) solle dahingehend jedoch in Zukunft eine Änderung stattfinden.</p> <p>Der Leiter der Erörterung erklärt, dass die angesprochenen Kritikpunkte bekannt seien und sichert zu, die Wehrsituation hinsichtlich der Kritik zu überprüfen.</p> <p>Es folgt eine Diskussion um die Hochwassersituation im Jahr 2002 und der Dükeranlage. Aus Sicht der Anwohner könne ein Hochwasser nicht höher als im Jahr 2002 steigen, weil der Düker an seiner Leistungsgrenze gewesen sei.</p> <p>Der Verhandlungsleiter erwidert, dass der Zustand des Dükers im Jahr 2002 nicht bekannt sei. Eine regelmäßige Revision habe es nach den Unterlagen der UWB erst später gegeben. Eine Abflussbehinderung seinerzeit sei nicht auszuschließen. Der Düker ist bei den Berechnungen des NLWKN in seinen tatsächlichen geometrischen Ausmaßen berücksichtigt. Als Fazit weist der Leiter der Erörterung noch einmal darauf hin, dass die Berechnungen des NLWKN als korrekt anzunehmen seien.</p> <p>Der Verhandlungsleiter sagt zu, dass die Situation des Wehrs in ihrer Bedeutung geprüft wird.</p> <p>Die Einwendungen bleiben bestehen.</p>

<p>Daraus lässt sich eine fehlerhafte Abwägung für eine Festsetzung der betreffenden Grundstücke ableiten.</p> <p>Es gibt zudem am Schunterlauf genügend Flächen, die sich als Überschwemmungsreserve nutzen lassen. Das Wehr an der Frickehmühle/Gebäude ist bei Hochwasser nicht regulierbar. Es ist fest eingebaut und nicht automatisch steuerbar. (s. Bild 4-6 im Anhang)</p> <p>Als betroffener Anwohner und Grundstückseigentümer bitte ich daher eindringlich von der Festsetzung eines Überschwemmungsgebietes auf meinen Grundstücken abzusehen bzw. dieses aus dem Geltungsbereich des Plans herauszunehmen.</p>	
<p>Einwendung vom 14.06.2023</p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes ein.</p> <p>Ich bin Eigentümerin des Grundstücks mit der Anschrift Wilsedeweg 6.</p> <p>Ich bin als Grundstückseigentümerin mehrfach nachteilig betroffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein Teil meines Grundstücks liegt zwischen zwei bebauten Grundstücken (An der Lahwiese) und wurde bisher als Baulücke und Bauplatz ausgewiesen. Somit entstehen mir wirtschaftliche und finanzielle Nachteile bei der Einbeziehung in den Hochwasserschutz. • Die Nutzung des Grundstücks kann nur noch eingeschränkt erfolgen. • Eine Minderung der Wohn- und Lebensqualität durch die Nutzungseinschränkung. <p>Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes ist mit der Eigentumsgarantie aus Artikel 14 des Grundgesetzes unvereinbar, weil sie in enteignender Weise in meine Rechte als Grundstückseigentümer eingreift. Bei einem Teil meines Grundstückes handelt es sich um eine noch zu schließende Baulücke (Bauplatz).</p> <p>Aus diesem Grund fordere ich, dass mein Grundstück beim Hochwasserschutz in den alten Grenzen belassen wird.</p> <p>Andernfalls benötige ich von Ihnen eine schriftliche Zusage, dass ich im Fall einer Bebauung der Baulücke, keine Repressalien zu erwarten habe.</p>	<p>Die Erörterung erfolgt auf Grundlage eines entsprechenden Kartenausschnitts, der dieser Niederschrift beigelegt sind.</p> <p>Danach ist vorgesehen, dass Gebäude aus dem Überschwemmungsgebiet herauszunehmen, jedoch nicht den Anbau im Norden.</p> <p>Die Einwendung bleibt bestehen.</p>
<p>Einwendung vom 16.06.2023</p> <p>Ich, die Einwenderin, wohnhaft Thunstraße 11 a, in 38110 Braunschweig, OT Thune, bin Eigentümerin des folgenden Grundstückes:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Thune Blatt 537 <ul style="list-style-type: none"> • Ich bin als Eigentümer mehrfach nachteilig betroffen. • Ich erhebe Einwendungen gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinem Grundstück. • Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes ist mit der Eigentumsgarantie aus Artikel 14 Grundgesetz unvereinbar, weil sie in enteignender Weise in Rechte als Grundstückseigentümer eingreift. • Ich fordere, dass meine Grundstücke aus dem Überschwemmungsgebiet ausgenommen oder teilweise ausgenommen werden. <p>Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinem Grundstück bedeutet:</p>	<p>Die Einwenderin bittet darum, ihr betroffenes Gebäude ebenfalls nach einer Vor-Ort-Besichtigung aus dem ÜSG auszunehmen.</p> <p>Die entsprechende Karte wird angesehen und gemeinsam festgestellt, dass sich das Gebäude der Einwenderin bereits außerhalb der Sicherung befindet.</p> <p>Die Einwenderin äußert daraufhin noch eine Frage zur geforderten Hochwassersicherung für ihre Heizölverbraucheranlage und übt Kritik an dem Bau eines Regenwasserkanals vor Ort.</p> <p>Aufgrund des fehlenden Sachbezugs zum Erörterungstermin bittet der Leiter der Erörterung nach kurzer Erläuterung der angesprochenen Themen um Zurückstellung der Thematik.</p> <p>Die Einwendung bleibt bestehen</p>

- Erhebliche Eingriffe in Freiheit und Eigentum für mich als Grundstückseigentümer
- Eine Gefährdung meines Eigentums
- Wirtschaftliche und finanzielle Nachteile
- Eine Einschränkung eigener Schutzmaßnahmen für mein Eigentum gegen Hochwasser und
- dass ich dadurch einem vermeidbaren Sicherheitsrisiko ausgesetzt bin
- Dass künftig keine Gebäude- oder Hausratversicherung mehr abgeschlossen werden kann. Und wenn, dann nur zu horrenden Versicherungsprämien
- Eine Wertminderung und Nutzungsbeeinträchtigung meiner Grundstücke und der Immobilie
- Dass die betroffenen Grundstücke damit praktisch wertlos werden, weil unverkäuflich und nicht zu beleihen
- Eine Minderung meiner Wohn- und Lebensqualität durch die Nutzungseinschränkungen (z. B. Pflanzen von Bäumen für den Schutz von Insekten und Vögeln)
- Das sich mein Haus laut ihrer Feststellung auf einer baldigen „Hallig“ befindet. Ich stelle in Frage, inwieweit ihre vorläufige Feststellung des möglichen Überschwemmungsgebietes auf meinen oben genannten Flurstücken richtig ist. Anwohner und Nachbarn im Wilsedeweg liegen „trocken“ und hier soll das Wasser in meinem Wohnhaus stehen. Laut ihrer vorläufigen Feststellung sind mehr als 1/3 meiner Wohn- und Nutzgebäude betroffen. Ich fordere eine Erörterung dieses Sachverhaltes, da mir dies mehr als unschlüssig erscheint.
- Das aktuell genutzte Energieträger wie Ölheizungen und Öltanks trotz Abnahme vor ca. zwei Jahren und Erneuerungen nicht mehr den Sicherheitsvorschriften entsprächen. Dies ist mit erheblichen Mehrkosten und Aufwand verbunden. Wer zahlt das?

Eine Einbeziehung meines bewohnten Grundstücks ist unverhältnismäßig, da ein vorbeugender Hochwasserschutz wesentlich effektiver ist, wie z. B:

- Die Sicherung einer maximal möglichen Abflusskapazität, keine Querbebauung durch Teiche entgegen der Fließrichtung wie sie in Thune stattgefunden hat
- Den Abflussquerschnitt freihalten
- Das Entfernen der Totholz- und Treibholzsperrern
- Das Erhalten oder Wiederherstellen der Schunteraltarme (hier wird bisher nicht das mögliche Volumen genutzt). Arme sind nach wie vor „trocken gelegt“, eine Reaktivierung würde das Wasser auf die bereits früheren Flächen ableiten können.
- Den geplanten Brückenneubau so zu gestalten, dass der Hochwasserabfluss dadurch nicht mehr behindert wird (an dem Brückenfeiler in der Mitte sammelt sich Totholz usw., sodass ein ungehinderter Ablauf nicht mehr möglich ist.

Es kann nicht sein, dass Grundstückseigentümer, die seit Jahrzehnten dort wohnen und ihre Existenz mühsam aufgebaut haben, auf einmal per Verordnung zu einem Überschwemmungsgebiet mit enteignungsgleichen Konsequenzen überplant werden.

Ohnehin kann durch den vorhandenen Hochwasserschutz der eingefriedeten Grundstücke kein Hochwasser durchfließen.

Daraus lässt sich eine fehlerhafte Abwägung für eine Festsetzung der betreffenden Grundstücke ableiten.

Es gibt zudem am Schunterlauf genügend Flächen, die sich als Überschwemmungsreserve nutzen lassen.

Als betroffener Anwohner und Grundstückseigentümer bitte ich daher eindringlich von der Festsetzung eines Überschwemmungsgebietes auf meinen Grundstücken abzusehen bzw. dieses aus dem Geltungsbereich des Plans herauszunehmen.

<p>Einwendung vom 15.06.2023</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>ich bin Eigentümer des Grundstücks mit der Anschrift Thunstraße 13 und 13b in 38110 Braunschweig.</p> <p>Als Grundstückseigentümer bin ich von der geplanten Änderung mehrfach betroffen. Ich erhebe daher Einwendungen gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinen Grundstücken. Die Festsetzung ist mit der Eigentumsgarantie aus Artikel 14 Grundgesetz unvereinbar, weil sie in enteignender Weise in die Rechte als Grundstückseigentümer eingreift. Ich fordere daher, dass meine Grundstücke aus dem neu festgesetzten Überschwemmungsgebiet ausgenommen werden.</p> <p>Diese Neufestsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinen Grundstücken bedeutet einen erheblichen Eingriff in Freiheit und Eigentum für mich als Grundstückseigentümer sowie eine Gefährdung meines Eigentums und meiner landwirtschaftlichen Existenz. Ebenso ergeben sich erhebliche wirtschaftliche und finanzielle Nachteile.</p> <p>Ferner bedeutet es eine Einschränkung eigener Schutzmaßnahmen für mein Eigentum, dadurch bin ich einem höheren Sicherheitsrisiko ausgesetzt. Zukünftig werden ich keine Gebäude- oder Hausratsversicherung mehr abgeschlossen bekommen. Die Wertminderung und Nutzungsbeeinträchtigungen der Grundstücke und der Immobilien machen die betroffenen Grundstücke praktisch wertlos, unverkäuflich und nicht zu beleihen.</p> <p>Die Einbeziehung meiner betroffenen Grundstücke in die Neufestsetzung des Überschwemmungsgebietes ist unverhältnismäßig. Ein vorbeugender Hochwasserschutz ist hier wesentlich effektiver, wie die Sicherung einer maximalen möglichen Abflusskapazität. Hier möchte ich die Zustände der Gräben dringend anmahnen. Diese werden seit Jahrzehnten nur noch gemulcht. Die Grabensohle ist viel zu hoch, sodass die Gräben ihre Aufgabe gar nicht mehr erfüllen können. Des Weiteren muss der Abflussquerschnitt der Schunter freigehalten werden, ebenso müssen Totholz- und Treibholzsperrn entfernt werden.</p> <p>Den geplanten Brückenneubau bitte ich so zu gestalten, dass der Hochwasserabfluss dadurch nicht mehr behindert wird.</p> <p>Die Anlage des „neuen“ Sehunterarmes sollte hier eigentlich grundsätzlich Entlastung geben, im Zuge dieser Arbeiten wurde auch eine automatische Wehrsteuerung eingebaut, die nicht funktionsfähig ist (Sensor fehlerhaft montiert, dieser Missstand dauert jetzt schon über 2 Jahre!). Ebenso ist die „alte“ Wehranlage der Frickenmühle nicht mehr funktionsfähig. Hier könnte zusätzlich Entlastung im Bereich Abfluss geschaffen werden.</p> <p>Zudem gibt es am Sehunterlauf genügend Flächen, die sich als Überschwemmungsreserve nutzen lassen.</p> <p>Zu guter Letzt möchte ich anmerken, dass es nicht sein kann, dass Grundstückseigentümer, die seit vielen Jahrzehnten dort wohnen (meine Hofstelle gibt es seit 1789!) und ihre Existenz mühsam aufgebaut haben, auf einmal per Verordnung mit enteignungsgleichen Konsequenzen überplant werden. Ohnehin kann durch den aktuellen Hochwasserschutz der Grundstücke kein Hochwasser durchfließen. Daraus lässt sich eine fehlerhafte Abwägung für die Feststellung der betreffenden Grundstücke ableiten.</p> <p>Als betroffener Anwohner und Grundstückseigentümer bitte ich Sie daher eindringlich von der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes abzusehen bzw. diese aus dem Geltungsbereich des Plans herauszunehmen.</p> <p>Diese Einwendung stelle ich auch im Namen meiner Eltern, die mit annähernd 80 Jahren mit dieser Situation überfordert sind. Hierbei handelt es sich um das Grundstück Thunstraße 13a, 38110 Braunschweig.</p>	<p>Der Einwender schließt sich den vorherigen Einwendungen an und verweist ebenfalls auf das Hochwasser 2002 und dass die Gebäude bei diesem Jahrhunderthochwasser ebenfalls nicht von Hochwasser betroffen waren.</p> <p>Der Leiter der Erörterung schlägt eine Vor-Ort-Besichtigung vor.</p> <p>Einwendung bleibt bestehen.</p>
<p>Einwendung vom 12.06.2023</p> <p>Gegen die Ausdehnung des Überschwemmungsgebietes der Schunter hinein in das oben genannte Grundstück [Thunstraße 17] erheben wir als Eigentümer Einwendungen.</p>	<p>Der Einwender erklärt seine Situation anhand der präsentierten Karte.</p> <p>Die Sicherung würde mit den Höhenlagen des Gebäudes nicht übereinstimmen. Die grüne Linie (ÜSG Kontur 2023) müsste an die blaue Linie (altes ÜSG 2009) angepasst werden.</p>

<p>Das Gebiet soll sich nunmehr nicht nur auf einen Streifen unmittelbar am Ufer der Schunter beschränken, sondern soll bis an die Hausmauer ausgedehnt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ein eigener, stationärer Hochwasserschutz kann nicht mehr stattfinden. <p>Nach unserer Auffassung ist die Einbeziehung nicht notwendig und ein unverhältnismäßiger Eingriff in unser Eigentumsrecht.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Einbeziehung des Grundstücks dürfte auf den Abfluss von Hochwasser keine messbare Auswirkung haben. Denn es befindet sich auf der Gleithang- und nicht auf der Prallhangseite des Flusses, so dass sich der Wasserdruck nach Süden, bzw. Südwesten aufbauen dürfte.</p> <p>Außerdem befindet sich unser Grundstück direkt an den Fundamenten der Schunterbrücke Thunstraße. Daher würde der Abfluss durch die geringfügige Verbreiterung des Überschwemmungsgebietes weiter auf unser Grundstück nicht verbessert, denn ein möglicher Stau würde durch die flussaufwärts liegenden Brückenfundamente erzeugt.</p> <p>Zuletzt sind die Auswirkungen der knapp flussab beginnenden großflächigen Renaturierung der Schunter noch nicht berücksichtigt.</p> <p>Schließlich ist ein flussabwärts liegendes Grundstück weitestgehend aus dem Hochwasserschutzbereich ausgeschlossen worden. Von der Topographie her dürfte dort Ähnliches gelten.</p> <p>Daher sind wir der Ansicht, dass die Einbeziehung des Grundstückes heute nicht notwendig zur Zielerreichung ist. Insbesondere verfügt die Schunter im Oberlauf von Thune über große Bereiche der Renaturierung in die sich das Wasser ausdehnen könnte. Zuletzt liegt Thune direkt hinter dem Mittellandkanaldüker, der sich zusammen mit dem Kanal wie ein Damm auswirkt. Der Abfluss nördlich des Mittellandkanals dürfte nicht den Charakter größerer Hochwasser erreichen können.</p> <p>Mangels Notwendig-, bzw. Erforderlichkeit liegt nach unserer Auffassung keine Rechtfertigung für den Grundrechtseingriff vor, so dass der Einwendung stattgegeben werden sollte.</p>	<p>Der Leiter der Erörterung sichert zu, die Situation anhand des Wasserpegels und der Höhenlagen zu prüfen. Auch hier wird voraussichtlich ein Ortstermin erfolgen müssen.</p> <p>Einwendung bleibt bestehen.</p>
<p>Einwendung vom 10.06.2023</p> <p>Gegen die Ausdehnung des Überschwemmungsgebietes der Schunter hinein in das oben genannte Grundstück [Gemarkung Thune] erheben wir als Miteigentümer nach Bruchteilen Einwendungen.</p> <p>Nach unserer Auffassung ist die Einbeziehung nicht notwendig.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Einbeziehung des Grundstücks dürfte auf den Abfluss von Hochwasser keine messbare Auswirkung haben. Denn es befindet sich auf der Gleithang- und nicht auf der Prallhangseite des Flusses, so dass sich der Wasserdruck nach Süden, bzw. Südwesten aufbauen dürfte.</p> <p>Außerdem befindet sich unser Grundstück wenige Meter hinter den Fundamenten der Thuner Schunterbrücke. Daher würde der Abfluss durch die geringfügige Verbreiterung des Überschwemmungsgebietes weiter auf unser Grundstück nicht verbessert, denn ein möglicher Stau würde durch die flussaufwärts liegenden Brückenfundamente erzeugt.</p>	<p>Einwendung wird zurückgenommen.</p>

<p>Zuletzt sind die Auswirkungen der knapp flussab beginnenden großflächigen Renaturierung der Schunter noch nicht berücksichtigt.</p> <p>Schließlich ist ein flussabwärts liegendes Grundstück weitestgehend aus dem Hochwasserschutzbereich ausgeschlossen worden. Von der Topographie her dürfte dort Ähnliches gelten.</p> <p>Daher sind wir der Ansicht, dass die Einbeziehung des Grundstückes heute nicht notwendig zur Zielerreichung ist. Insbesondere verfügt die Schunter im Oberlauf von Thune über große Bereiche der Renaturierung in die sich das Wasser ausdehnen könnte. Zuletzt liegt Thune direkt hinter dem Mittellandkanaldüker, der sich zusammen mit dem Kanal wie ein Damm auswirkt. Der Abfluss nördlich des Mittellandkanals dürfte nicht den Charakter größerer Hochwasser erreichen können.</p> <p>Auch im Falle eines Rückstaus durch die Oker im Bereich nördlich des Mittellandkanals dürften durch Renaturierungen direkt hinter Thune und bei Harxbüttel genug Raum für die Aufnahme von Hochwasser vorhanden sein.</p> <p>Mangels Notwendig-, bzw. Erforderlichkeit liegt nach unserer Auffassung keine Rechtfertigung für den Grundrechtseingriff vor, so dass der Einwendung stattgegeben werden sollte.</p>	
<p>Einwendung vom 15.06.2023</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Rahmen der öffentlichen Planauslegung bezüglich der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Schunter in der Stadt Braunschweig erhebe ich folgende Einwendungen:</p> <p>Als Grundstückseigentümer in Braunschweig-Thune, Meinstrasse 6 bin ich von der Festsetzung direkt betroffen.</p> <p>Aufgrund der sich daraus ergebenden Beeinträchtigungen wende ich diesbezüglich im Einzelnen folgende Punkte ein:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Finanzielle Nachteile im Rahmen der Risikobewertung des Grundstücks sowie der genutzten Gebäude durch den Versicherer - Ökonomische Abwertung des Grundstücks - Einschränkungen bei der landwirtschaftlichen Nutzung bzw. Nutzungsänderung des betroffenen Grundstücks - Abweichungen der Übersichtskarte im Hinblick auf vorhandene Gebäude, fehlende Berücksichtigung örtlicher Geländehöhen - Diverse Abweichungen bei o.a. und angrenzenden Flurstücken im Vergleich zu Lageplänen vom Überschwemmungsgebiet des NLWKN (Blatt 10, 17.09.2009) - §4 Bestandsschutz des Verordnungsentwurfs: Statt aller vorhandenen Anlagen ist im Verordnungsentwurf lediglich auf wirksam zugelassene oder rechtmäßig vorhandene verwiesen. Hinweise zur Nutzung und Bepflanzung fehlen vollumfänglich. <p>Fehlende Berechnungsgrundlage und Hintergrundparameter zur Ermittlung des Hochwasserereignisses, dessen anfallenden Wasservolumens sowie erforderliches</p>	<p>Der Einwender bringt zum Ausdruck, die Maßnahme als Enteignung zu empfinden und durch die neue Sicherung Schwierigkeiten mit der Versicherung zu haben. Des Weiteren habe er den Eindruck, dass die neue Sicherung Vorrang vor der ordnungsgemäßen Unterhaltung haben würde.</p> <p>Der Einwender äußert ebenfalls Kritik an der Berechnung des NLWKN.</p> <p>Das NLWKN erklärt daraufhin noch einmal das Berechnungsverfahren im Detail.</p> <p>Der Einwender stellt die Frage nach der Sicherungspflicht/Unterhaltungspflicht des Wehrs.</p> <p>Der Leiter der Erörterung erklärt, dass die Unterhaltungspflicht beim Unterhaltungsverband Schunter und dem Wasserverband Mittlere Oker liegt und betont noch einmal das Bestreben, die Situation am Wehr mit dem Wasserverband verbessern zu wollen.</p> <p>Die weitere Erörterung erfolgt auf Grundlage eines entsprechenden Kartenausschnittes und eines Luftbildes, die dieser Niederschrift beigelegt sind. Auf dem Luftbild ist zu erkennen, dass der vom Einwender im Besonderen angesprochene Schuppen auch im Jahr 2002 im Überschwemmungsbereich gelegen hatte. Bei diesem Hochwasser hatte es sich noch nicht um ein hundertjährliches Ereignis gehandelt.</p> <p>Einwendung bleibt bestehen.</p>

<p>Rückhaltevolumens und räumliche Ausbreitung im Vergleich zum vorhandenen Überschwemmungsgebiet.</p> <p>Zu den aufgeführten Punkten und Unschlüssigkeiten bitte ich um Stellungnahme und Prüfung des Sachverhalts.</p> <p>Ich weise darauf hin, dass es sich bei dieser Einwendung um meine persönliche Einwendung handelt. Ich bitte um Berücksichtigung der Einwendung aufgrund der aufgeführten Gründe. Bitte um schriftliche Rückantwort an meine o.a. Anschrift.</p>	
<p>Einwendung vom 31.05.2023</p> <ul style="list-style-type: none">- Berücksichtigung der Gebäudegrenze- Garage steht unter Wasser- Keine eigenen Maßnahmen möglich zum Schutz des Eigentums/Gebäudes- Nebenanlagen, ggfs. Pool (Tochter)	<p>Einwendung betrifft nur das Grundstück Friedhofsweg 8.</p> <p>Die Erörterung erfolgt auf Grundlage eines entsprechenden Kartenausschnittes und eines Luftbildes, die dieser Niederschrift beigelegt sind.</p> <p>Einwendung bleibt bestehen, auch wenn vorgesehen ist, die Gebäude aus dem ÜSG herauszunehmen.</p>
<p>Mündliche Einwendung vom 19. März 2025</p> <p>Zwei Gebäudeteile ihres Hauses (Hauptstraße 49) seien im vorläufig gesicherten ÜSG, aber die Gebäudeteile würden deutlich höher und damit außerhalb der Gefahrenzone liegen.</p> <p>Es wird darum gebeten, die betroffenen Gebäudeteile aus der vorläufigen Sicherung auszuschließen.</p>	<p>Der Leiter der Erörterung erklärt hierzu, dass eine Überprüfung der Höhenlage der Gebäude erfolgen wird, bevor über die Einwendung entschieden wird.</p> <p>Ein Ortstermin zur Besichtigung der Situation wird vereinbart.</p>

Der Leiter der Erläuterung erklärt abschließend die weitere Vorgehensweise nach den erfolgten Vor-Ort-Besichtigungen.

Nach den Überprüfungen vor Ort werde unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Erörterungstermins die Karte aktualisiert und der Verordnungstext ggfs. überarbeitet.

Diejenigen, deren Einwendungen nicht entsprochen wird, werden über die Gründe unterrichtet.

Abschließend werde die Verordnung auf dem üblichen Beratungsweg dem Rat der Stadt Braunschweig zur Entscheidung vorgelegt.

Braunschweig, den 8. April 2025

Braunschweig, den 8. April 2025

Braunschweig, den 8. April 2025

gez.

gez.

gez.

Romey
(Verhandlungsführer)

Krökel
(Schriftführerin)

Henke-Kolb
(Schriftführerin)

Anlagen und Bestandteil der Niederschrift:

Kartenausschnitte
Fotos

Ergebnisse der Ortsbesichtigungen und der Vermessung vom 24.04.2025 und 28.04. 2025 Teilnehmer: Herr Romey, Herr Simon, für UWB Herr Vesterling (Vermessung)		
Kern der Einwendung	Ergebnis Erörterung	Ergebnis Überprüfung
Frau H., mündliche Einwendung vom 19. März 2025 Zwei Gebäudeteile ihres Hauses (Hauptstraße 49) seien im vorläufig gesicherten ÜSG, aber die Gebäudeteile würden deutlich höher und damit außerhalb der Gefahrenzone liegen. Es wird darum gebeten, die betroffenen Gebäudeteile aus der vorläufigen Sicherung auszuschließen.	Der Leiter der Erörterung erklärt hierzu, dass eine Überprüfung der Höhenlage der Gebäude erfolgen wird, bevor über die Einwendung entschieden wird. Ein Ortstermin zur Besichtigung der Situation wird vereinbart.	Maßgeblicher Wasserspiegel laut NLWKN-Berechnung 68.06 m NHN. Überprüfung und GPS Höhenmessung am 24.04.2025 von 7:30 bis 8:00 Uhr: Die Zugänge der ehemaligen Stallungen liegen über dem WSP bei dem Bemessungshochwasser; das Gebäude wird nicht Bestandteil des ÜSG. Die Scheune im Norden des Grundstücks liegt sowohl vom umgebenden Gelände als auch von der Höhe des Fußbodens unter dem maßgeblichen WSP. Die Fläche des Gebäudes wird in das ÜSG einbezogen. Der Einwendung wird teilweise entsprochen.
Frau G. vom 15.06.2023 Ich bin Eigentümerin der folgenden Grundstücke: <ul style="list-style-type: none"> Thune Blatt 1142 Ich bin als Eigentümer mehrfach nachteilig betroffen. Ich erhebe Einwendungen gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinen Grundstücken. Ich fordere, dass meine Grundstücke aus dem Überschwemmungsgebiet ausgenommen oder teilweise ausgenommen werden. 	Die Herausnahme des Gebäudes sei, laut dem Leiter der Erörterung, evtl. eine Möglichkeit nach einer Prüfung der Verhältnisse vor Ort. Der Vorschlag wird angenommen und es wird sich auf eine Vor-Ort-Besichtigung im April geeinigt. Die Einwendung bleibt bestehen.	Maßgeblicher Wasserspiegel laut NLWKN-Berechnung 66.89 m NHN. Überprüfung und GPS Höhenmessung am 24.04.2025 von 8:00 bis 8:30 Uhr: Die Zugänge des nach Nordwesten abgehenden Nebengebäudes bzw. die Sohlhöhe des Gebäudes (Werkstatt und Schlachtestube) liegen <u>über</u> dem WSP bei dem Bemessungshochwasser; das Gebäude wird <u>nicht</u> Bestandteil des ÜSG. Bezüglich der Gartenfläche ergeben sich keine Anhaltspunkte für eine Änderung; es bleibt bei der im Entwurf vorgesehenen Grenzziehung. Der Einwendung wird weitgehend entsprochen.
Herr S., Wilsedeweg 4 (mit Fotos im Anhang) vom 15.06.2023 Ich bin Eigentümer der folgenden Grundstücke: Blatt Nr. 976 976 547 471 975 <ul style="list-style-type: none"> Ich bin als Eigentümer mehrfach nachteilig betroffen. Ich erhebe Einwendungen gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinen Grundstücken. 	Die Erörterung erfolgt auf Grundlage eines entsprechenden Kartenausschnitts, der dieser Niederschrift beigelegt sind. Als Fazit weist der Leiter der Erörterung noch einmal darauf hin, dass die Berechnungen des NLWKN als korrekt anzunehmen seien. Es ist ein Ortstermin gewünscht; Die Einwendung bleibt bestehen.	Maßgeblicher Wasserspiegel laut NLWKN-Berechnung 66.89 m NHN. Überprüfung und GPS Höhenmessung am 24.04.2025 von 8:40 bis 9:00 Uhr: Die Flucht des nach Nordwesten abgehenden Stalles, bildet eine in der Örtlichkeit eindeutig erkennbare Kante, die exakt auf der Höhe des berechneten WSP liegt. Die im Entwurf der Verordnung vorgesehene Linie wird nach Nordosten bis zur Grundstücksgrenze verlängert; die in das ÜSG einbezogene Fläche wird verkleinert. Das Holzlager liegt indes unter dem berechneten ÜSG und wird in die Verordnungsfläche einbezogen. Der Einwendung wird teilweise entsprochen.

<ul style="list-style-type: none"> • Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes ist mit der Eigentumsgarantie aus Artikel 14 Grundgesetz unvereinbar, weil sie in enteignender Weise in Rechte als Grundstückseigentümer eingreift. • Ich fordere, dass meine Grundstücke aus dem Überschwemmungsgebiet ausgenommen oder teilweise ausgenommen werden. 		
<p>Frau K. vom 14.06.2023</p> <p>Ich bin Eigentümerin der Grundstücks mit der Anschrift Wilsedeweg 6.</p> <p>Ich bin als Grundstückseigentümerin mehrfach nachteilig betroffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein Teil meines Grundstücks liegt zwischen zwei bebauten Grundstücken (An der Lahwiese) und wurde bisher als Baulücke und Bauplatz ausgewiesen. Somit entstehen mir wirtschaftliche und finanzielle Nachteile bei der Einbeziehung in den Hochwasserschutz. • Die Nutzung des Grundstücks kann nur noch eingeschränkt erfolgen. • Eine Minderung der Wohn- und Lebensqualität durch die Nutzungseinschränkung. <p>Aus diesem Grund fordere ich, dass mein Grundstück beim Hochwasserschutz in den alten Grenzen belassen wird.</p>	<p>Die Erörterung erfolgt auf Grundlage eines entsprechenden Kartenausschnitts, der dieser Niederschrift beigelegt sind.</p> <p>Danach ist vorgesehen, dass Gebäude aus dem Überschwemmungsgebiet herauszunehmen, jedoch nicht den Anbau im Norden.</p> <p>Die Einwendung bleibt bestehen.</p>	<p>Maßgeblicher Wasserspiegel laut NLWKN-Berechnung 66.89 m NHN.</p> <p>Überprüfung und GPS Höhenmessung am 28.04.2025 von 10:12 bis 10:40 Uhr:</p> <p>Anwesend ist neben den städtischen Kräften (Herr Romey, Herr Simon, Herr Vesterling (Vermessung)) Herr Dr. Kämmer. Zunächst wird das Grundstück Wilsedeweg 6 kontrolliert (Gemarkung Thune, Flur 1, Flurstück 315/2. Die nordwestliche Grundstücksecke wird als Freisitz genutzt, der mit einem Kantstein umrandet ist. Dessen Höhe liegt exakt auf dem Niveau des Bemessungshochwassers. Im Sinne der gebotenen in der Örtlichkeit leicht möglichen Nachvollziehbarkeit ist es sachgerecht, das Flurstück vollständig aus dem ÜSG herauszunehmen.</p> <p>Kernpunkt der Einwendung ist das nicht bebaute Flurstück 231/3 derselben Flur, mit einer Größe von 1085 m². Die GPS Höhenmessung bestätigt die Grenzziehung des Verordnungsentwurfs exakt. Die einbezogene Fläche liegt z.T. um mehrere Dezimeter niedriger als der Wasserspiegel des Bemessungshochwassers. Die Grenzziehung hat sich auch hinsichtlich der nordwestlichen Grenze in Richtung des Grundstücks An der Lahwiese 31 bestätigt. Der Einwendung kann dies bezüglich nicht abgeholfen werden. Über die Möglichkeiten der ausnahmsweisen Bebauung (hochwasserangepasst/Kompensation) wurde gesprochen. Ein Retentionsraumausgleich an der Schunter in geeigneter Höhenlage im Stadtgebiet ist grundsätzlich möglich.</p>
<p>Frau S. vom 16.06.2023</p> <p>Ich, die Eigentümerin, wohnhaft Thunstraße 11 a, in 38110 Braunschweig, OT Thune, bin Eigentümerin des folgenden Grundstücks:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Thune Blatt 537 <ul style="list-style-type: none"> • Ich bin als Eigentümer mehrfach nachteilig betroffen. • Ich erhebe Einwendungen gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinem Grundstück. • Die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes ist mit der Eigentumsgarantie aus Artikel 14 Grundgesetz unvereinbar, weil sie in enteignender Weise in Rechte als Grundstückseigentümer eingreift. • Ich fordere, dass meine Grundstücke aus dem Überschwemmungsgebiet ausgenommen oder teilweise ausgenommen werden. 	<p>Fr. S. bittet darum, ihr betroffenes Gebäude ebenfalls nach einer Vor-Ort-Besichtigung aus dem ÜSG auszunehmen.</p> <p>Die Einwendung bleibt bestehen</p>	<p>Maßgeblicher Wasserspiegel laut NLWKN-Berechnung 66.89 m NHN.</p> <p>Überprüfung und GPS Höhenmessung am 24.04.2025 von 8:30 bis 8:40 Uhr:</p> <p>Das Grundstück wird in Richtung Nordosten und Nordwesten von einer gegossenen Mauer umschlossen. Das Gelände liegt etwa auf demselben Niveau. Die Oberkante der Mauer liegt über dem maßgeblichen WSP. Das gesamte Grundstück kann daher aus dem ÜSG herausgenommen werden. Der Einwendung wird vollständig entsprochen.</p>
<p>Herr H. auch in vertr. von Herrn und Frau H. vom 15.06.2023</p> <p>ich bin Eigentümer des Grundstücks mit der Anschrift Thunstraße 13 und 13b in 38110 Braunschweig.</p>	<p>Hr. H. schließt sich den vorherigen Einwendungen an und verweist ebenfalls auf das Hochwasser 2002 und dass die Gebäude bei diesem Jahrhunderthochwasser ebenfalls nicht von Hochwasser betroffen waren.</p>	<p>Maßgeblicher Wasserspiegel laut NLWKN-Berechnung 66.95 m NHN.</p>

<p>Als Grundstückseigentümer bin ich von der geplanten Änderung mehrfach betroffen. Ich erhebe daher Einwendungen gegen die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes auf meinen Grundstücken. Die Festsetzung ist mit der Eigentumsgarantie aus Artikel 14 Grundgesetz unvereinbar, weil sie in enteignender Weise in die Rechte als Grundstückseigentümer eingreift. Ich fordere daher, dass meine Grundstücke aus dem neu festgesetzten Überschwemmungsgebiet ausgenommen werden.</p>	<p>Der Leiter der Erörterung schlägt eine Vor-Ort-Besichtigung vor.</p> <p>Einwendung bleibt bestehen.</p>	<p>Überprüfung und GPS Höhenmessung am 24.04.2025 von 9:00 bis 9:30 Uhr: Die Zugänge zu den Wohngebäuden 13A und 13B wurden überprüft. Sie liegen über dem WSP bei dem Bemessungshochwasser; die integrierte Garage wenige cm darunter; der Anbau zu 13 B liegt tiefer Im Sinne einer klaren, in der Örtlichkeit erkennbaren Abgrenzung werden die Wohngebäude in Gänze nicht Teil des ÜSG. Der Einwendung wird teilweise entsprochen.</p>
<p>Frau S. und Herr S. vom 12.06.2023</p> <p>Gegen die Ausdehnung des Überschwemmungsgebietes der Schunter hinein in das oben genannte Grundstück [Thunstraße 17] erheben wir als Eigentümer Einwendungen.</p> <p>Das Gebiet soll sich nunmehr nicht nur auf einen Streifen unmittelbar am Ufer der Schunter beschränken, sondern soll bis an die Hausmauer ausgedehnt werden.</p> <ul style="list-style-type: none">- Ein eigener, stationärer Hochwasserschutz kann nicht mehr stattfinden. <p>Nach unserer Auffassung ist die Einbeziehung nicht notwendig und ein unverhältnismäßiger Eingriff in unser Eigentumsrecht.</p>	<p>Hr. S. erklärt seine Situation anhand der präsentierten Karte.</p> <p>Die Sicherung würde mit den Höhenlagen des Gebäudes nicht übereinstimmen. Die grüne Linie (ÜSG Kontur 2023) müsste an die blaue Linie (altes ÜSG 2009) angepasst werden.</p> <p>Der Leiter der Erörterung sichert zu, die Situation anhand des Wasserpegels und der Höhenlagen zu prüfen. Auch hier wird voraussichtlich ein Ortstermin erfolgen müssen.</p> <p>Einwendung bleibt bestehen.</p>	<p>Maßgeblicher Wasserspiegel laut NLWKN-Berechnung 66.85 m NHN.</p> <p>Überprüfung und GPS Höhenmessung am 24.04.2025 von 9:30 bis 9:45 Uhr: Die Zugänge zum Wohngebäude wurden überprüft. Sie liegen über dem WSP bei dem Bemessungshochwasser. Das Gebäude liegt außerhalb des ÜSG. Die Terrasse und auch die Grünfläche in Richtung Schunterbrücke liegt deutlich unter dem WSP des Bemessungshochwassers. Die im Verordnungsentwurf gewählte Linie, die Gebäudeflucht, erscheint als eine sachgerechte, einfach in der Örtlichkeit erkennbare Grenzziehung. Eine Verschiebung in Richtung Schunter kann nicht begründet werden. Der Einwendung kann nicht abgeholfen werden.</p>

Gez.
Romey

Anlage Handskizze mit den sich den Terminen vom 24. und 28.04. ergebenden Korrekturen
Unterlagen der Vermessung.

Betreff:

Ideenplattform: Erhalt von Bäumen braucht Vorrang

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
68 Fachbereich Umwelt

Datum:

13.08.2025

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

04.09.2025
09.09.2025

Status

Ö
N

Beschluss:

Die geforderten Maßnahmen zum Schutz und Erhalt von Bäumen werden bereits weitgehend berücksichtigt/umgesetzt. Darüber hinausgehende Maßnahmen werden aktuell nicht weiter verfolgt.

Sachverhalt:

Die Beschlusskompetenz des Verwaltungsausschusses ergibt sich aus § 76 (2) S. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG). Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Entscheidung über die Ideenplattform im Beteiligungsportal zum Erhalt von Bäumen um eine Angelegenheit, über die weder der Rat oder die Stadtbezirksräte zu beschließen haben noch der Hauptverwaltungsbeamte zuständig ist. Daher besteht eine Beschlusszuständigkeit des Verwaltungsausschusses. Diese wurde auch nicht auf einen Ausschuss gemäß § 6 Hauptsatzung übertragen. Daher bleibt es bei der Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses.

Der Verwaltung wurde im Oktober 2024 über die Ideenplattform im Beteiligungsportal „mitreden“ der folgende Vorschlag eingebracht
<https://mitreden.braunschweig.de/node/18726>):

„Wir fordern die Stadt Braunschweig auf, Maßnahmen zu ergreifen, welche der hohen Bedeutung des Erhaltes von Stadtbäumen gerecht werden. Dazu halten wir für erforderlich:
a) eine Baumschutzsatzung für Bäume und Hecken für das gesamte Stadtgebiet
b) eine starke Berücksichtigung des Schutzes von Bäumen und Hecken in Bebauungsplänen
c) Maßnahmen zur Verkehrssicherheit von Bäumen, welche vorrangig auf einen Erhalt der Bäume abzielen.“

Diese Idee hat die erforderliche Mindestunterstützerzahl von 50 erreicht. Die Verwaltung hat durch die fachlich zuständigen Organisationseinheiten dies inhaltlich mit nachfolgendem Ergebnis geprüft und legt daher diese Vorlage zur Entscheidung vor.

a) Baumschutzsatzung für Bäume und Hecken für das gesamte Stadtgebiet

Die Verwaltung hat den Vorschlag bereits mehrfach im Rahmen von Anfragen aus dem Kreis der Fraktionen sowie als Vorschlag im Ideenportal geprüft (vgl. DS 18-07040, 18-07664, 19-10626). Die Prüfung ergab, dass es bereits eine politische Beschlusslage gibt und der Vorschlag somit abzulehnen ist.

Unabhängig davon engagiert sich die Stadt Braunschweig stark für den Erhalt des Gehölzbestandes durch unterschiedliche Maßnahmen, wie beispielsweise:

- Förderprogramme zur Pflege und Erhalt des Gehölzbestandes
- Schutz besonderer Einzelexemplare durch Erhaltungsfestsetzungen in Bebauungsplänen sowie den Schutz als Naturdenkmal
- Naturwaldentwicklung im Querumer Forst

b) eine starke Berücksichtigung des Schutzes von Bäumen und Hecken in Bebauungsplänen

Bebauungspläne dienen der Steuerung der städtebaulichen Ordnung und Entwicklung des Gemeindegebietes. Der abschließende Katalog der Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB erlaubt es nach Ziffer 25b, Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen in Bebauungsplänen vorzunehmen. Maßgeblich ist dabei das jeweilige Planungsziel des Bebauungsplans.

Der Baumbestand innerhalb von Bebauungsplänen wird zu Beginn der Planungen i.d.R. aufgenommen und hinsichtlich seines Zustandes und seiner Erhaltenswürdigkeit bewertet. Der Erhalt von Bäumen und Sträuchern kann dabei eingriffsmindernd im Sinne der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß §§ 14 ff BNatSchG wirken. Sofern der Erhalt für eine ausgeglichene Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung erforderlich ist und eine anderweitige Kompensation ausgeschlossen ist, erfolgt eine verbindliche Festsetzung im Bebauungsplan.

Auch unter Anerkennung der genannten klimatischen Funktionen des Baumbestandes sowie seiner weitergehenden positiven Effekte steht der Belang der Baumerhaltung in gleichgewichtigem Verhältnis zu anderen Belangen der städtebaulichen Entwicklung. Im Rahmen der Abwägung kann anderen Belangen der Vorzug gegeben werden und damit der Baumerhalt zurückgestellt werden. Die Entscheidung ist entsprechend für jeden Einzelfall zu treffen.

c) Maßnahmen zur Verkehrssicherheit von Bäumen, welche vorrangig auf einen Erhalt der Bäume abzielen.

Die Sicherstellung der Verkehrssicherheit städtischer Bäume erfolgt durch ein differenziertes, mehrstufiges Verfahren, das auf den Erhalt der Bäume abzielt, sofern dies fachlich vertretbar ist.

Der Fachbereich Stadtgrün verfolgt hierbei eine konsequente Strategie, bei der Maßnahmen zur Schadensminimierung und Erhaltungsmaßnahmen stets vor einer Fällung geprüft und angewendet werden.

Die Maßnahmen zur Verkehrssicherung sind auf möglichst langfristigen Erhalt der Bäume ausgerichtet. Fällungen stellen die Ultima Ratio dar und erfolgen nur nach mehrfacher Prüfung und unter Ausschluss technisch vertretbarer Alternativen. Das Zusammenspiel aus fachlicher Bewertung, baumschonenden Eingriffen und innovativen Standortschutzmaßnahmen (z. B. nach R SBB 2023) unterstreicht den konsequenten Erhaltungswillen des Fachbereichs Stadtgrün:

1. Verfahrensstruktur mit Mehr-Augen-Prinzip

Ein wesentliches Instrument zur Qualitätssicherung und Erhaltungsorientierung ist das Vier-Augen-Prinzip – in besonderen Fällen sogar das Sechs-Augen-Prinzip.

Die Entscheidung über eine Baumfällung wird nicht von einer Einzelperson im Zuge der Regelkontrolle getroffen, sondern erfolgt erst nach wiederholter Begutachtung durch qualifizierte Fachkräfte aus den Sachgebieten Baumkontrolle und Baumpflege.

Damit wird sichergestellt, dass alle möglichen Erhaltungsmaßnahmen ausgeschöpft werden.

2. Maßnahmen zur Baumkontrolle und Diagnostik

Bereits im Rahmen der Regelkontrolle wird die Baumvitalität erfasst. Bei unklaren Befunden kommen verschiedene Diagnostikverfahren zum Einsatz, wie:

- Resistographmessung zur Ermittlung der Restwandstärke,
- Zugversuche mit Elasto- und Inclinomern zur Abschätzung der Bruch- und Standsicherheit,
- Hubsteigerkontrollen zur gezielten Untersuchung von Kronenschäden.

Diese Verfahren dienen der objektiven Bewertung und helfen, Fehlentscheidungen – etwa unnötige Fällungen – zu vermeiden.

3. Alternative baumpflegerische Maßnahmen

Statt einer Fällung werden, soweit technisch und biologisch vertretbar, erhaltende Maßnahmen umgesetzt, u. a.:

Kronenreduktionen zur Wiederherstellung der Bruchsicherheit, gezielte Pflegeschnitte, Entlastungsschnitte im Fall asymmetrischer Kronengewichte oder Schief lagen (die Schrägstellung allein stellt kein Fällkriterium dar).

4. Baumschutz und Standortverbesserung

Bei Bauvorhaben wird großer Wert auf baumerhaltende Schutzmaßnahmen gelegt.

Der Fachbereich setzt in enger Abstimmung mit den Initiatoren einer Baumaßnahme folgende technische und baumfachliche Maßnahmen ein:

- Druckentlastungsplatten zur Vermeidung von Bodenverdichtungen,
- manuelle Schachtarbeiten oder mittels Bodensaugverfahren in Wurzelbereichen statt maschineller Verfahren,
- Verwendung geeigneter Substrate
- Tiefendüngung und -belüftung
- Einsatz von Trichoderma-Pilzkulturen
- baumfachliche Baubegleitung zur laufenden Kontrolle und Anpassung auf der Baustelle,
- Anwendung der Richtlinie R SBB 2023, um ein standardisiertes, sicheres und baumverträgliches Vorgehen zu gewährleisten,
- Abstimmungen mit den Fachbehörden und Projektbeteiligten, um Erhaltungsoptionen frühzeitig zu berücksichtigen.

5. Transparente Kommunikation

Die Entscheidungen werden dokumentiert, sind auf objektive Kriterien gestützt und werden durch Presse- und Bezirksratsinformationen kommuniziert.

Hanusch

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Gesetzlich geschützte Biotope in Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.08.2025

Beratungsfolge:

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Beantwortung)

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Auf den [Internetseiten der Stadt Braunschweig](#) finden sich bereits jetzt umfangreiche Informationen zu geschützten Biotopen, sowie zu Naturschutzgebieten, FFH-Gebieten, Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsbestandteilen im Stadtgebiet.

Zu den Schutzbestimmungen der gesetzlich geschützten Biotope heißt es hier:

"Der gesetzliche Biotopschutz ist in § 30 Bundesnaturschutzgesetz in Verbindung mit § 24 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes geregelt. Demnach ist es verboten, ein geschütztes Biotop zu zerstören oder erheblich zu beeinträchtigen. Die Besonderheit der Schutzkategorie besteht darin, dass die darauf liegenden Handlungsverbote und Nutzungsbeschränkungen unmittelbar durch das Bundesnaturschutzgesetz selbst gelten. Es bedarf keiner gesonderten Unterschutzstellung und keiner Kennzeichnung vor Ort."

Eine Übersichtskarte über die im Stadtgebiet liegenden Schutzgebiete und Naturdenkmäler lässt sich unter [diesem Link](#) einsehen. Außerdem findet sich eine interaktive Karte mit weiteren Informationen im Portal "[Umweltkarten Niedersachsen](#)".

Auf den städtischen Internetseiten findet sich auch der folgende Hinweis:

"Die Naturschutzbehörde führt ein amtliches Verzeichnis der im Stadtgebiet bekannten geschützten Biotope, welches derzeit umfassend aktualisiert wird."

Fragen:

1. Wie weit ist die angekündigte Aktualisierung des Verzeichnisses der geschützten Biotope mittlerweile vorangekommen?
2. Werden die erhobenen Daten sukzessive in die oben genannten Karten bzw. Datenbanken eingepflegt?
3. In welcher weiteren Form können die Ergebnisse dem Umwelt- und Grünflächenausschuss zur Kenntnis gegeben werden?

Anlagen:

keine

<i>Betreff:</i> Gesetzlich geschützte Biotope in Braunschweig

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VIII 68 Fachbereich Umwelt	<i>Datum:</i> 04.09.2025
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 04.09.2025	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Zur Anfrage des Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13.08.2025 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Im Januar 2023 wurde von der Stadt ein Planungsbüro mit der Neuerfassung der gesetzlich geschützten Biotope im Stadtgebiet beauftragt. Die erforderliche Feldarbeit erfolgte in den Vegetationsperioden 2023 und 2024. Seit März 2025 liegt der Naturschutzbehörde eine erste Entwurfsfassung der Geodaten vor. Die Endabgabe der überarbeiteten Geodaten sowie der zugehörigen Erfassungsbögen und eines Berichts sollen bis zum 30. November 2025 erfolgen. Im Anschluss daran werden intern noch einige technische Aufbereitungsschritte erforderlich sein, um die Erstellung des aktualisierten Verzeichnisses abzuschließen.

Zu Frage 2:

Der Aufbau der Europäischen Geodateninfrastruktur ist durch die EU-INSPIRE-Richtlinie definiert. Die erhobenen Daten werden als eine mit der INSPIRE-Richtlinie konforme Kartenanwendung in das genannte Geoportal "Umweltkarten Niedersachsen" des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz eingepflegt. Grundlage hierfür ist der Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz zur Übermittlung von Daten zu Schutzgebieten und -objekten vom 21. Januar 2025. Durch diesen Runderlass wurde die Aufbereitung sowie das Vorhalten der relevanten Schutzgebietsdaten dem NLWKN übertragen. Soweit die Übermittlung der Daten konform mit der INSPIRE-Richtlinie durch die unteren Naturschutzbehörden an den NLWKN erfolgt ist, sind die unteren Naturschutzbehörden von der Veröffentlichungsverpflichtung gemäß Artikel 11 der INSPIRE-Richtlinie entbunden.

Zu Frage 3:

Eine Verfügbarkeit der Daten wird nach Abschluss der Aktualisierung und Meldung an den NLWKN durch das ständig aktualisierte Kartenwerk auf der Internetseite „Umweltkarten-Niedersachsen“ (<https://www.umweltkarten-niedersachsen.de>) und die Angebote auf den Internetseiten des NLWKN erreicht.

Darüber hinaus kann nach Fertigstellung des Verzeichnisses der geschützten Biotope der Umwelt- und Grünflächenausschuss durch eine zusammenfassende Darstellung im Rahmen einer Mitteilung informiert werden.

Hanusch

Anlage/n:
Keine

Betreff:

Wie beteiligt sich die Stadt Braunschweig an den "Wochen der Wärme 2025"?

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.08.2025

Beratungsfolge:

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Beantwortung)

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Auch in 2025 führt die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) die niedersachsenweite Kampagne „Wochen der Wärme“ durch – inzwischen zum wiederholten Male und mit stetig wachsendem Zuspruch. Dieses Jahr findet die Aktion in der Zeit zwischen dem 1. September und dem 10. Oktober statt und möchte zeigen, wie wirkungsvoll die Umsetzung der Wärmewende sein kann. Ganz nach dem Motto „Viel Wärme mit wenig Energie!“ Im Fokus stehen praktische Tipps wie die Optimierung von Wärmeerzeugern, Wissensvermittlung zu Wärmepumpen und erneuerbaren Energien, Wärmeplanung in Kommunen und Abwärmenutzung in Unternehmen.

Die letztjährige Herbstkampagne lief unter dem Titel „Wochen der Wärmewende“ und brachte zahlreiche wichtige Impulse für die Arbeit vor Ort, aber auch für die grundsätzliche Aufgabenstellung einer gelingenden Transformation bei der Wärme.

Die Veranstaltungen und Aktionen finden niedersachsenweit mit regionalen und überregionalen Partnern statt. So nimmt beispielsweise die Region Hannover mit insgesamt zehn und die Stadt Lüneburg mit neun Veranstaltungen teil. Dort werden beispielsweise Vorträge der stadteigenen Energieberatungen beworben. Eine zentrale Übersicht der diesjährigen Veranstaltungen findet sich im Internet unter https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/themen/waerme/2025-wochen-der-waerme_V2.php (zuletzt eingesehen am 22. August 2025, 10.30 Uhr) – Aktionen in Braunschweig sucht man auf der digitalen Karte bislang leider vergebens.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Mit welchen Veranstaltungen wird sich die Verwaltung an den „Wochen der Wärme 2025“ beteiligen (inklusive der dafür entstehenden Kosten)?
2. Wie werden diese Veranstaltungen in Braunschweig beworben?

Sollte wider Erwarten keine Teilnahme vorgesehen sein:

3. Was ist der genaue Grund für die Nichtteilnahme (Sollte die Begründung nach Ansicht der Verwaltung in fehlendem Personal liegen, bitten wir darum darzustellen, weshalb mit dem vorhandenen Personal keine Teilnahme ermöglicht werden kann)?

Anlagen:

keine

Betreff:

Wie beteiligt sich die Stadt Braunschweig an den "Wochen der Wärme 2025"?

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
68 Fachbereich Umwelt

Datum:

04.09.2025

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Das Klimaschutzmanagement wie auch die Energieberatung arbeiten intensiv 52 Wochen im Jahr zum Thema Wärmewende, Bürgerberatung und Kommunale Wärmeplanung. Zusätzlich findet am 18. September 2025 im Nachhaltigkeitszentrum (NHZ) eine Wärmepumpenberatung durch die Energieberatung im Rahmen der „Wochen der Wärme 2025“ statt. Diese wird auf den städtischen Internetseiten sowie bei der KEAN beworben.

Ergänzend macht die KliX³ Deutschland-Ticket-Tour am 17. September 2025 Halt in Braunschweig, mit einem Stand in der Innenstadt sowie mit einer gemeinsamen Veranstaltung im NHZ ab 19 Uhr. Eine Bewerbung erfolgt über eine entsprechende Pressemitteilung der Stadt.

Weitere Infos zu diesem KliX³-Termin:

Das Klimaschutzmanagement und KliX³ präsentieren im Rahmen der Tour das Projekt und seine bisherigen Erkenntnisse.

Im Rahmen der Langzeitstudie ermitteln Braunschweigerinnen und Braunschweiger über drei Jahre hinweg ihre persönliche CO₂-Bilanz. Sie sind Teil einer wegweisenden Langzeitstudie, die erforscht, wie Privatpersonen klimaneutral leben können. Der CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes ist hierfür ein zentrales Werkzeug, das einmal jährlich zur Bilanzierung genutzt wird. Die gesammelten Daten fließen in ein Forschungsprojekt der Universität Freiburg ein und tragen zu fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen bei. KliX³ bietet den Teilnehmenden nicht nur kleine Alltagstipps, sondern fokussiert sich auch auf „Big Points“ mit erheblicher Wirkung. Die KliX³-Toolbox ist eine Fundgrube für spannendes Wissen und praktische Handlungsvorschläge, um den CO₂-Fußabdruck effektiv zu verringern und gleichzeitig den Handabdruck zu vergrößern – sei es durch Engagement, Kompensation oder klimafreundliche Investitionen. In sechs interaktiven Modulen können die Teilnehmenden ihren individuellen Klimaplan gestalten und sich in Online-Workshops weiterbilden.

Die Veranstaltung am 17. September 2025 richtet sich an alle bisherigen KliX³-Teilnehmenden und Neu-Interessierte aus Braunschweig.

Hanusch

Anlage/n:

Keine

TOP 7.2.1

Betreff:

Bürger:innenbeteiligung während der Kommunalen Wärmeplanung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.08.2025

Beratungsfolge:

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Beantwortung)

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Verschiedene Gesetze schreiben vor, dass große Kommunen wie Braunschweig bis zum 30.06.2026 Wärmepläne aufstellen müssen, aus denen hervorgeht, in welchen Gebieten welche Art der Wärmeversorgung ab 2030 wirtschaftlich am sinnvollsten ist. Die kommunale Wärmeplanung gibt den Rahmen für die Ausweisung künftiger Bau- und Sanierungsgebiete vor und schafft für Verbraucher:innen und Netzbetreiber eine größere Planungssicherheit. Dazu führen die Kommunen zunächst eine Bedarfs- und Potentialanalyse durch, entwickeln ein Zielszenario, definieren die voraussichtliche Wärmeversorgung für verschiedene Teilgebiete und beschließen schließlich eine Wärmewendestrategie.

Auf diesen Prozess hat sich auch die Stadt Braunschweig mit dem Integrierten Klimaschutzkonzept 2.0 verpflichtet (vgl. S. 100). Den beschlossenen Zeitplan konnte die Verwaltung allerdings nicht einhalten. Schwierig gestaltete sich anscheinend die Datenerhebung bei verschiedenen relevanten Akteuren, von denen der überwiegend privatwirtschaftliche Netzbetreiber BS|Netz besonders wichtig ist. Laut dem letzten Jahresbericht zum IKS konnte inzwischen die Bedarfs- und Potentialanalyse mit zwei Jahren Verspätung beginnen. Die übrigen Schritte sind für dieses Jahr geplant.

Je transparenter eine Kommune den Prozess der Wärmeplanung gestaltet, desto besser können Verbraucher:innen entscheiden, ob es sich für sie z.B. eher rentiert, eine Wärmepumpe einzurichten oder weiterhin fossil zu heizen, weil ihre Immobilie mittelfristig an das Fernwärmenetz angeschlossen wird. Die Stadt Lübeck hat im Verlaufe der Wärmeplanung mit einer Website, Broschüren und dem Besuch verschiedener Veranstaltungen die interessierte Öffentlichkeit eingebunden, Zwischenergebnisse kommuniziert und Rückmeldungen zum bisherigen Prozess eingeholt. Die Stadt Braunschweig stellt bisher nur eine Veröffentlichung des finalen Wärmeplans Mitte 2026 in Aussicht. Es ist aber auch hier wünschenswert, dass die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsschritte, insbesondere die Prognose über Wärmeversorgungsgebiete, so früh wie möglich veröffentlicht werden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Formen der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit hat die Verwaltung umgesetzt bzw. geplant? Bitte nach Arbeitsschritten (Bedarfs- und Potentialanalyse, Zielszenario, Wärmeversorgungsgebiete, Wärmewendestrategie) aufschlüsseln.
2. Welche Faktoren ermöglichen bzw. erschweren es, auch in Braunschweig Eckpunkte der kommunalen Wärmeplanung vorab zu veröffentlichen?

3. Wie bewertet die Verwaltung den derzeitigen Ausbauplan von BS|NETZ hinsichtlich seiner Eignung zur Umsetzung der im IKSK vorgesehenen Wärmewende?

Anlage/n:

keine

Betreff:
Bürger:innenbeteiligung während der Kommunalen Wärmeplanung

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VIII 68 Fachbereich Umwelt	<i>Datum:</i> 04.09.2025
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 04.09.2025	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Gruppe „Die-FRAKTION.BS“ vom 20.08.2025 (Drs. 25-26373) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu 1:

Mit der kommunalen Wärmeplanung (KWP) entsteht derzeit ein Rahmen für die künftige Entwicklung der Wärmeversorgung in Braunschweig. Es handelt es sich um eine fachliche Ausarbeitung der Verwaltung, die sich hierfür im engen Austausch mit Akteuren der Wärmeversorgung befindet. Eine direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist an dieser Stelle des Prozesses nicht vorgesehen bzw. auch nicht sinnvoll.

Gleichwohl erachtet die Verwaltung die kontinuierliche Information der Bürgerinnen und Bürger als eine Aufgabe von großer Wichtigkeit. So kann Akzeptanz geschaffen, die Planungssicherheit erhöht, aber auch eine realistische Erwartungshaltung vermittelt werden.

Hierzu fanden bereits verschiedene Veranstaltungen Dritter statt, in deren Rahmen Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung auch zum Stand der KWP informierten (bspw. „Zukunft der Wärmeversorgung im Östlichen Ringgebiet“ der SPD Braunschweig am 14.11.2023, „TU for Future“ am 18.01.2024 und 16.01.2025 sowie „Kommunen in der Wärmeplanung: Einblicke und Erfahrungen aus der Praxis“ der Klimaschutz und Energieagentur Niedersachsen – KEAN).

Informationen über die Zwischenstände der KWP wurden auch über den Jahresbericht zum Umsetzungsstand des Klimaschutzkonzeptes 2.0 im Herbst 2024 veröffentlicht und ein FAQ auf der städtischen Internetseite (www.braunschweig.de/klimaschutz) mit Benennung eines Ansprechpartners eingerichtet. Veröffentlichte Informationen können an dieser Stelle entnommen werden, ebenso wie zeitnah zur Veröffentlichung vorgesehenes digitales Kartenmaterial über das städtische Geodatenportal FRISBI.

Grundsätzlich steht das städtische Klimaschutzmanagement bei Fragen zum Stand der KWP zur Verfügung (allgemeine Fragen zur Energieversorgung im Gebäudebereich können und werden an die städtische Energieberatungsstelle gerichtet). Darüber hinaus werden Infoveranstaltungen angeboten wie zuletzt Wärmepumpenberatung am 24.7.2025.

Zu 2:

Die KWP ist eine erstmalig durchzuführende Aufgabe von sehr hoher Komplexität. Die Verwaltung konnte mit der inhaltlichen Erarbeitung aus Gründen der Datenverfügbarkeit und der datenschutzrechtlichen Regelungen erst im Januar 2024 beginnen. Eckpunkte des Erarbeitungsstandes können den oben genannten Stellen entnommen werden.

Zu 3:

BS|Energy arbeitet gegenwärtig am Transformationsplan für die weitere Dekarbonisierung der Fern- und Nahwärmeversorgung in Braunschweig. Dazu gehören sowohl die Wärmeerzeugung, z. B. Tiefengeothermie, Wärmepumpen, Einsatz von Biomethan, als auch der weitere Ausbau des Fernwärmenetzes, insbesondere im Östlichen und Westlichen Ringgebiet sowie der Innenstadt und von ausgewählten Nahwärmenetzen. Da diese Planung noch nicht abgeschlossen ist, ist eine Bewertung vor dem Hintergrund des IKSK aktuell nicht möglich.

Hanusch

Anlage/n:
Keine

Betreff:

Streuobstwiesen in Braunschweig - Kulturlandschaft mit Zukunft

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

27.05.2025

Beratungsfolge:

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Beantwortung)

29.08.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Streuobstwiesen gehören zu den traditionsreichsten und zugleich ökologisch wertvollsten Landschaftsformen Mitteleuropas. Sie sind nicht nur Ausdruck einer jahrhundertealten Kulturlandschaft, sondern auch Zeugen regionaler Identität und kultureller Nutzungstraditionen. Die Vielfalt an alten Obstsorten, die auf Streuobstwiesen gedeihen, stellt ein lebendiges Erbe dar, das bewahrt und gepflegt werden muss.

Ökologisch sind Streuobstwiesen von unschätzbarem Wert: Sie zählen zu den Hotspots der Biodiversität. Durch das Mosaik aus Bäumen, Wiesenflächen, Alt- und Totholz sowie extensiver Bewirtschaftung bieten sie Lebensraum für bis zu 5.000 Tier- und Pflanzenarten, darunter zahlreiche gefährdete Spezies wie der Steinkauz, Wildbienen oder seltene Flechten.

Ein besonderer Aspekt ist die Steigerung der ökologischen Wertigkeit mit dem Alter der Bäume: Ältere Obstbäume mit Höhlen, Rissen und Totholzstrukturen bieten spezialisierte Nischen für Insekten, Vögel und Säugetiere, die in jungen Beständen nicht vorkommen. Damit wird jede über die Jahre gewachsene Streuobstwiese zu einem immer wertvolleren Rückzugsort für die Natur.

Doch dieser Schatz unserer Kulturlandschaft ist bedroht. Ohne menschliche Fürsorge verlieren Streuobstwiesen schnell ihre Funktion. Die regelmäßige Pflege – darunter Baumschnitt, Mahd, Nachpflanzung und Entbuschung – ist unerlässlich, um ihre Vielfalt und Vitalität zu erhalten. Offensichtlich befinden sich viele der Obstbäume auf den Braunschweiger Streuobstwiesen in einem schlechten Erhaltungszustand.

Wenn ein Streuobstbestand über längere Zeit nicht gepflegt wird, hat das erhebliche negative Auswirkungen, sowohl auf die Gesundheit der Bäume als auch auf die ökologische Qualität der Fläche:

- Fehlender Baumschnitt führt zu dichtem Kronenwuchs. Die Äste beschatten sich gegenseitig, was Pilzkrankheiten (z. B. Obstbaumkrebs, Monilia) und Schädlingsbefall (z. B. Obstmade) begünstigt.
- Äste können unter der Last ungeschnittenen Wachstums brechen, besonders bei alten Hochstämmen.
- Ohne Verjüngungsschnitt fehlt dem Baum die Kraft, junge, vitale Triebe auszubilden.
- Die Lebenserwartung der Bäume sinkt deutlich.
- Alte Sorten, die ursprünglich gepflanzt wurden, gehen ohne Nachpflanzung verloren.
- Vorzeitiger Verlust der Artenvielfalt.
- Totholz und herabfallende Äste machen ungepflegte Bestände unsicher, insbesondere wenn sie öffentlich zugänglich sind.

Streuobstwiesen verbinden Natur, Kultur und nachhaltige Nutzung auf einzigartige Weise. Ihr Erhalt ist nicht nur eine Frage des Naturschutzes, sondern auch der Wertschätzung unseres kulturellen Erbes.

Im Rahmen der Stellungnahme zur „Zukunft der Braunschweiger Streuobstwiesen“ (21-16335-01) wurde mitgeteilt, dass bis 2020 keine systematische Pflege der Obstbäume erfolgte. Seitdem gebe es Planungen, die fachgerechte Pflege und Unterhaltung der Obstwiesen als dauerhafte Pfllegetätigkeit zu verstetigen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wurde das angekündigte nachhaltige Konzept zum dauerhaften Erhalt der städtischen Obstbaumbestände inzwischen erarbeitet und kann entsprechend vorgestellt werden?
2. Wie erfolgte konkret die dauerhafte Verstetigung der Pfllegetätigkeit von städtischen Obstwiesen?
3. Welche Obstbaumbestände wurden seit 2021 wie gepflegt? Wir bitten um eine tabellarische Aufstellung mit Anzahl gepflegter Bäume pro Jahr und dessen finanziellen Aufwand.

Anlagen:
keine

<i>Betreff:</i> Streuobstwiesen in Braunschweig - Kulturlandschaft mit Zukunft
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VIII 67 Fachbereich Stadtgrün	<i>Datum:</i> 04.09.2025
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 04.09.2025	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Zu den Fragen nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1. Aus personalwirtschaftlichen Gründen (unbesetzte Stellen/Personalwechsel) konnte seitens des Fachbereichs 67 erst im Jahr 2025 mit einer umfassenden Analyse des städtischen Obstbaumbestandes und der darauf fußenden Erarbeitung eines Pflege- und Entwicklungskonzeptes begonnen werden.

Die in diesem Jahr durchgeführte systematische Sichtung aller zur Verfügung stehender Bestandsdaten aus dem Grünflächeninformationssystem unter Einbezug der Ortskenntnisse der Pflegebezirke und -reviere hat dabei einen deutlich größeren Obstbaumbestand zu Tage gefördert als bisher angenommen und auch kommuniziert.

In der als Anlage 1 der Stellungnahme beigefügten tabellarischen Aufstellung sind alle Obstbäume auf städtischen Flächen, gruppiert nach Gattung, Art ggf. Sorte und Stückzahl enthalten, welche für den Menschen verzehrbare Früchte produzieren. Dementsprechend zählt hierzu nicht nur das klassische Obst zum Direktverzehr (bspw. Apfel, Birne, Mirabelle etc.), sondern auch Wildobstsorten, welche erst nach Verarbeitung (bspw. Most, Marmelade, Saft etc.) genießbar sind. In der Aufstellung sind nicht nur die in Streuobstwiesen stehenden Exemplare, sondern auch Obstbaumreihen und -solitäre oder an Straßen stehende Obstbäume verzeichnet.

Zurzeit sind rund 3.700 Obstbäume und die bereits genannten etwa 25 ha Streuobstwiesen erfasst. Allerdings ist die Bestandserfassung noch nicht vollständig abgeschlossen, sodass die Gesamtzahl an Obstgehölzen auf städtischen Flächen vermutlich bei über 4.000 Exemplaren liegen dürfte.

Als Anlage 2 ist ergänzend zu der tabellarischen Aufstellung ein Übersichtsplan beigefügt.

Für die Streuobstwiesen, zu denen auch mehrere große Wiesen- und Obstbaumflächen aus der ab 2018 mit Landes- und EU-Mitteln erfolgten Umsetzung des Förderprojektes „Förderung der biologischen Vielfalt in der Stadt Braunschweig“ zählen, wurden bereits in der Vergangenheit Mahd- und Pflegepläne erstellt. Diese haben allerdings im Hinblick auf die weitere Steigerung der Biodiversität Optimierungs- und Entwicklungspotenzial.

Zu 2. Die unter 1. erwähnten ca. 25 ha Obstbaumwiesen wurden, was die reine Wiesenpflege angeht, in den vergangenen Jahren ein- oder mehrmals pro Jahr gemäht.

Zu 3. Schnittmaßnahmen an den städtischen Obstbaumbeständen (Erhaltungsschnitt) wurden in den vergangenen Jahren mit Ausnahme von Maßnahmen, die der Gewährleistung der Verkehrssicherheit im öffentlichen Raum dienten, nicht durchgeführt.

Im Kontext mit der gerade begonnenen Umsetzung des Förderprojekts LiViK „Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels“ erfolgt derzeit auf der Basis der vorstehenden erwähnten Bestandserfassung des städtischen Obstbaumbestandes der Aufbau eines Obstbaumkatasters. Hierbei wird auch der aktuelle Zustand der Obstbäume und der Streuobstwiesenflächen ermittelt. Auf Grundlage dieser Daten erfolgt die Aktualisierung und bei Bedarf auch die Überarbeitung des Mähmanagements der Wiesenflächen im Hinblick auf biodiversitätssteigernde Maßnahmen. Über das Förderprojekt LiViK sollen in den nächsten vier Jahren ca. 25 ha der mit Obstbäumen bestandenen Wiesen mit dem Ziel der nachhaltigen Bestandserhaltung und -entwicklung im Rahmen eines Pflegemanagement insbesondere durch an die jeweiligen Obstgehölzarten und -sorten angepasste Schnittmaßnahmen gepflegt werden. Für diese und weitere vegetationstechnische Maßnahmen (z.B. ökologische Wiesenmäh, Abmagerung, Artenanreicherung durch streifenweise Neueinsaat) stehen in diesem Zeitraum 205.000 € Projektmittel zur Verfügung.

Im Frühherbst 2025 und im Winter 2025/2026 sollen Schnittmaßnahmen an ca. 270 Obstbäumen durchgeführt werden. Die erste angestrebte Schnittmaßnahme (ca. 150 Obstbäume) befindet sich derzeit in der Angebotseinholungsphase und soll im Verlauf des August 2025 beauftragt werden. Eine Umsetzung bis Ende September/Anfang Oktober 2025 wird angestrebt. Weitere Schnitt- bzw. Pflegearbeiten an ca. 120 Obstbäumen sind innerhalb der Vegetationsruhe im Winter 25/26 geplant. Für 2026 ist aus Mitteln des Förderprojektes LiViK die Beauftragung von Erhaltungsschnittmaßnahmen an weiteren 270 Bäumen geplant.

Für die Jahre 2027 und 2028 sind im Rahmen des Förderprojektes Schnittmaßnahmen an jeweils 530 Bäumen vorgesehen. In Summe sollen bis Ende 2028 an rund 1.600 städtischen Obstbäumen, die jeweils geschätzt 40 Jahre oder älter sind (Mindestalter als primäres Förderkriterium), Pflege- und Schnittmaßnahmen durchgeführt werden. Bei zurzeit ca. 1.900 im Bestand befindlichen Obstbäumen, die schätzungsweise älter als 40 Jahre sind, könnten nach diesem Konzept bei ca. rund 85 % aller älteren städtischen Obstbäume revitalisierende Erhaltungs- und Verjüngungsschnittmaßnahmen durchgeführt werden.

Darüber hinaus ist außerhalb des Förderprojektes LiViK geplant, kontinuierlich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Pflege- und Schnittmaßnahmen an den jüngeren städtischen Obstbaumbeständen zu realisieren.

Damit soll mittel- bis langfristig der besonderen Bedeutung von Obstbäumen als wertvolle Lebensräume, Spender von Schatten, Speicher von Kohlenstoff, Lieferanten von lokal erzeugten Lebensmitteln für die Bevölkerung und als Nahrungsgrundlage sowie Rückzugsorte der urbanen Flora und Avifauna entsprochen werden.

Hanusch

Anlage/n:

Anlage 1: Übersichtstabelle Obstbaumsorten

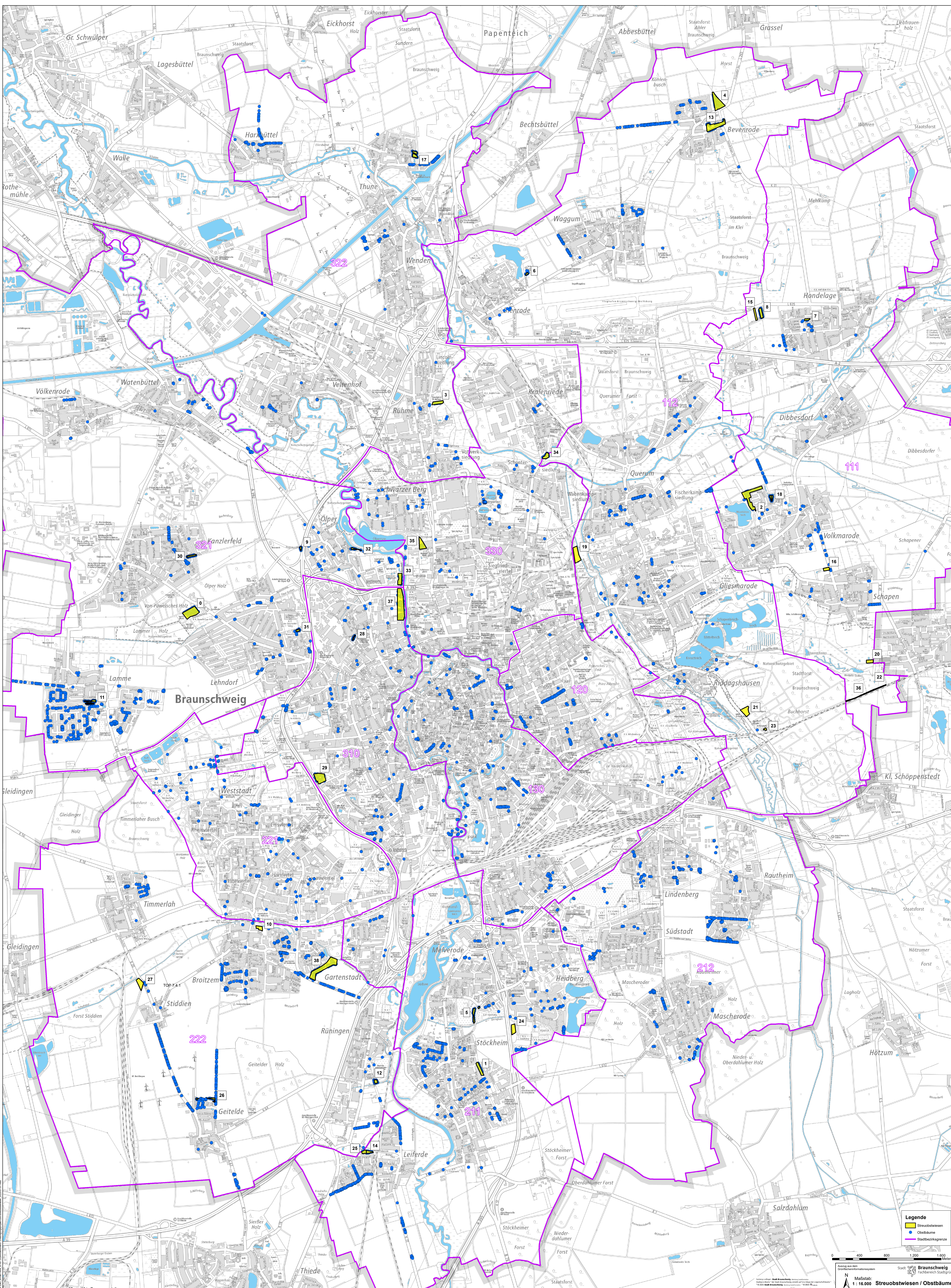
Anlage 2: Übersichtsplan – Auszug aus dem Obstbaumkataster

Essbares Obst an Hochstämmen im Stadtgebiet Braunschweig

Erfassung Stand 02.07.2025

Baumart		Anzahl
Amelanchier laevis 'Ballerina'	Felsenbirne	3
Cydonia oblonga	Quitte	30
Malus 'Holsteiner Cox'	Speiseapfel	2
Malus baccata	Kirschapfel	19
Malus 'Butterball'	Zierapfel	12
Malus communis	Speiseapfel	275
Malus 'Cox Orange' Renette	Speiseapfel	6
Malus Domestica	Speiseapfel	815
Malus domestica 'Elstar'	Speiseapfel	1
Malus domestica 'Kaiser Wilhelm'	Speiseapfel	21
Malus domestica papenburgensis	Speiseapfel	1
Malus 'Evereste'	Zierapfel	48
Malus floribunda	Zierapfel	78
Malus floribunda 'Hillieri'	Zierapfel	2
Malus 'Golden Hornet'	Zierapfel	7
Malus 'Gravensteiner'	Speiseapfel	2
Malus moerlandsii	Zierapfel	2
Malus 'Profusion'	Zierapfel	1
Malus purpurea	Zierapfel	2
Malus purpurea 'Profusion'	Zierapfel	6
Malus sargentii	Zierapfel	32
Malus silvestris	Wildapfel	29
Malus silvestris 'John Downie'	Wildapfel	2
Malus species	Speiseapfel	1035
Malus sylvestris agg.	Wildapfel	0
Malus tschonoskii	Wollapfel	56
Mespilus germanica	Mispel	5
Prunus species	Steinobstbäume	436
Prunus armeniaca	Aprikose	11

Baumart		Anzahl
Prunus cerasus	Sauerkirsche	36
Prunus domestica	Pflaume	263
Prunus domestica agg.	Pflaume	0
Prunus italica	Edelpflaume	3
Prunus persica	Pfirsich	2
Prunus syringa	Mirabelle	4
Pyrus species	Birne	231
Pyrus communis	Birne	190
Pyrus communis Aggregat	Birne	20
Pyrus communis 'Gute Graue'	Birne	2
Pyrus communis 'Speckbirne'	Birne	1
Gesamtanzahl		3691



Legende

- Streuwiesen
- Obstbäume
- Stadtbezirksgrenze

0 400 800 1200 1600 Meter

N Maßstab: 1 : 16.000

Stadt Braunschweig

Streuobstwiesen / Obstbäume

© 2024 Stadt Braunschweig, alle Rechte vorbehalten. Dieses Dokument ist eine Kopie der Originalkarte. Die Originalkarte ist im Maßstab 1:16.000 erstellt. Die Originalkarte ist im Maßstab 1:16.000 erstellt.

Betreff:

Ausweisung neuer Landschafts- und Naturschutzgebiete

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.08.2025

Beratungsfolge:

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Beantwortung)

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung vom 24.03.2020 auf Antrag der BIBS-Fraktion den folgenden Beschluss zur Ausweisung neuer Naturschutzgebiete gefasst (DS 20-12964):

"1. Die Verwaltung wird gebeten, jedes Jahr die Ausweisung eines Naturschutzgebietes zu beginnen (effektive Einleitung des Unterschutzstellungsverfahrens mit Erarbeitung einer Schutzgebietsverordnung, Auslage, etc.). Dabei orientiert sich die Verwaltung am aktualisierten Landschaftsrahmenplan (Stand 2012/2013), in dem 24 potentielle Gebiete genannt werden. In den Ausschüssen wird jährlich über den Stand der Planungen und die erfolgten Ausweisungen berichtet.

2. Es sollen nicht mehr als drei Unterschutzstellungen parallel bearbeitet werden."

Zwei der im Landschaftsrahmenplan 2012/2013 erwähnten Gebiete (Thuner Sundern sowie Rautheimer/Mascheroder Holz) konnten in den letzten Jahren tatsächlich umgesetzt werden.

In der Stellungnahme zum oben erwähnten Antrag nennt die Verwaltung weitere Gebiete, die prioritär bearbeitet werden sollten, z.B. den "Ellernbruchsee und Umland" (N20) und den "Forst Stiddien" (N21) in unmittelbarer Nähe.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um einen Sachstandsbericht und die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Konnte das Ziel, jedes Jahr mit der Ausweisung eines Naturschutzgebietes zu beginnen, erreicht werden?
2. Wurde mit der Unterschutzstellung der oben genannten Gebiete N20 und N21 mittlerweile begonnen?
3. Wie ist das weitere Vorgehen?

Anlagen:

keine

Betreff:

Ausweisung neuer Landschafts- und Naturschutzgebiete

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
68 Fachbereich Umwelt

Datum:

04.09.2025

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Ein ausführlicher Sachstandsbericht zur Ausweisung neuer Schutzgebiete und zu Vorarbeiten für kommende Unterschutzstellungen sowie die Beantwortung der Fragen ergibt sich aus der Mitteilung der Verwaltung (Drucksache 25-26174).

Hanusch

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

TOP 7.6
25-26295
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Mülleimer in Parks und Grünanlagen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.08.2025

Beratungsfolge:

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Beantwortung)

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Das Thema Müll in öffentlichen Parks und Grünanlagen beschäftigt auch die Braunschweiger Verwaltung und Politik immer wieder. Die Auswertung von Beschwerden und Anfragen beim Fachbereich Stadtgrün im Jahr 2024 (DS 25-25113) listet unter dem Punkt "Wildkraut und Verschmutzungen / Vermüllungen" z.B. 335 Beschwerden auf, die zum Teil mit Sicherheit auch auf den Zustand der Müllbehälter zurückzuführen sind.

Durch die Anregung einer Bürgerin, die ebenfalls von negativen Zuständen in Braunschweig berichtet hat, sind wir auf Mülltonnen hingewiesen worden, die an einigen Stellen in Halle an der Saale im Einsatz sind. Diese Mülltonnen bieten auch aus Sicht der Grünen Ratsfraktion auf den ersten Blick etliche Vorteile: Sie haben ein großes Fassungsvermögen, können nicht ohne Weiteres verschoben oder umgestoßen werden, sind gegen Wildtiere (z.B. Krähen) gut gesichert und verhindern, dass allzu große Gegenstände in diesen Tonnen entsorgt werden.

Hierzu bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sind ähnliche Mülltonnen im Braunschweiger Stadtgebiet bislang schon im Einsatz?

Falls nein:

2. Teilt die Verwaltung die Einschätzung, dass diese Tonnen zahlreiche Vorteile bieten?

3. Wäre es möglich, ein solches Modell als Pilotprojekt in einer stark frequentierten städtischen Grünanlage zu testen?

Anlagen:

Fotos





Betreff:

Mülleimer in Parks und Grünanlagen

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün

Datum:

04.09.2025

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu den Fragen der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1. In den städtischen Park- und Grünanlagen befinden sich in Einzelfällen bereits Abfallbehälter mit größeren Fassungsvermögen. Am Standort Heidbergsee dienen zwei Halbunterflurbehälter (einer aktuell nicht funktionsfähig) zur Abfallentsorgung. Der funktionstüchtige Abfallbehälter ist ganzjährig nutzbar und hat ein Fassungsvermögen von ca. 3.000 Litern. Zudem werden in den Sommermonaten zusätzliche Abfalltonnen gestellt, um dem erhöhten Abfallaufkommen in hochfrequentierten Parkanlagen gerecht zu werden. Als temporäre Ergänzung sind je nach Standort bereits ähnliche Abfallsammler aus Stahl mit Deckel (120 l Fassungsvermögen) sowie Drahtgitterabfallbehälter (118 l Fassungsvermögen) vorhanden.

Zu 2. Nach Einschätzung der Verwaltung stimmt das vorgeschlagene Modell nicht mit den städtischen Anforderungen an Abfallbehälter in Park- und Grünanlagen überein. Die im Beispiel gezeigten, größeren Abfalltonnen aus Kunststoff begünstigen durch die große Einwurföffnung die zweckwidrige Nutzung zur illegalen Hausmüllentsorgung. Aufgrund der zunehmenden Zahl der defekten oder beschädigten Abfallbehälter müssen die im öffentlichen Raum eingesetzten Abfallbehälter, aus Vandalismus sicheren, schwer entflammenden Materialien bestehen. Darüber hinaus gibt es Bedenken bezüglich der Leerung dieser Modelle. Die aktuelle Leerung der Abfallbehälter in Park- und Grünanlagen erfolgt händisch durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des städtischen Reinigungsprojektes. Durch die Größe der vorgeschlagenen Abfalltonnen und das zu erwartende, hohe Gewicht bei Nutzung des gesamten Volumens wäre eine Leerung nur in begrenztem Umfang mit dem vorhandenen Personal und den in den Park- und Grünanlagen eingesetzten Fahrzeugen möglich.

Zu 3. Eine Ergänzung der bereits vorhandenen Abfallbehälter durch die Bereitstellung der vorgeschlagenen Abfalltonnen wird aus den vorgenannten Gründen als nicht zweckmäßig angesehen.

Derzeit wird alternativ der Einsatz eines Vandalismus sicheren, selbstverdichtenden Abfallsystems als Pilotprojekt im Stadtgebiet geprüft. Hierbei handelt es sich um einen solarbetriebenen Pressmüllbehälter mit einem Grundvolumen von 240 Litern, welches sich durch die verbaute Verdichtungstechnik auf bis zu 1.200 Liter erweitern lässt.

Hanusch

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Nutzung öffentlicher Toiletten in Braunschweiger Parks für
Rollstuhlfahrer*innen**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

14.08.2025

Beratungsfolge:

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Beantwortung)

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Aus der Bürgerschaft wurde uns zur Nutzung der öffentlichen behindertengerechten Toiletten im Prinzenpark die folgende Situation geschildert: Eine Gruppe junger Menschen wollte im Prinzenpark einen Geburtstag feiern. Darunter befanden sich u.a. zwei Rollstuhlfahrer*innen. Als diese nach 20:00 Uhr die vorhandene behindertengerechte Toilette in der Nähe des Löwengartens aufsuchen wollten, stellten sie fest, dass die Öffnungszeit dieser Toiletten bereits um 20:00 Uhr endet. Die Tür ließ sich auch mit den vorhandenen Euro-WC-Schlüsseln, mit denen Rollstuhlfahrer*innen solche Toiletten in der Regel kostenfrei nutzen können, nicht entriegeln. Für die betroffenen Rollstuhlfahrer*innen bedeutete das in diesem Fall, dass sie sich von einer anderen Person aus dieser Gruppe mit dem Auto zur nächsten öffentlichen Behindertentoilette am Hauptbahnhof fahren lassen mussten und erst nach deutlich über einer Stunde in den Prinzenpark zurückkehren konnten.

Erste Recherchen unsererseits haben ergeben, dass sich auch Toiletten mit einer elektronischen Sperre mit einem vertretbaren Aufwand so einstellen lassen, dass der Euro-WC-Schlüssel die Türen auch außerhalb der normalen Öffnungszeiten entriegelt. Dies scheint in diesem Falle allerdings nicht vorgesehen gewesen zu sein.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Liegen der Verwaltung über diesen Fall hinaus weitere Beschwerden zur eingeschränkten Nutzung behindertengerechter Toiletten nach den Öffnungszeiten vor?
2. Welche behindertengerechten Toiletten in Braunschweiger Parks und Grünanlagen basieren auf einem ähnlichen Schließmechanismus und lassen sich außerhalb der regulären Öffnungszeiten nicht mit einem Euro-WC-Schlüssel öffnen?
3. Sieht sich die Verwaltung in der Lage, die betroffenen Toiletten mit eigenen Mitteln so zu konfigurieren, dass eine Nutzung für Rollstuhlfahrer*innen, die über einen Euro-WC-Schlüssel verfügen, auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten möglich wird?

Anlagen:

Foto

Stadt



Braunschweig

WC

Öffnungszeiten:

täglich von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr

Benutzungsgebühr WC:0,20 Euro
oder Euro-Schlüssel**Benutzungsdauer WC:**

maximal 15 Minuten

Nach Einwurf der Benutzungsgebühr öffnet sich die Tür selbsttätig. Nach Betreten des WC-Raumes verriegelt sich die Tür automatisch und bleibt für maximal 15 Minuten verschlossen. Von innen kann die Ausgangstür jederzeit über den Taster oder den Türgriff entriegelt werden.

Betreff:

Nutzung öffentlicher Toiletten in Braunschweiger Parks für Rollstuhlfahrer*innen

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
65 Fachbereich Gebäudemanagement

Datum:

04.09.2025

Beratungsfolge

Umwelt- und Grünflächenausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

04.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu der Anfrage „Nutzung öffentlicher Toiletten in Braunschweiger Parks für Rollstuhlfahrer*innen“ der Fraktion Bündnis 90 – DIE GRÜNEN vom 14.08.2025 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1.:

Der Verwaltung liegen keine weiteren Beschwerden zu den Öffnungszeiten vor.

Zu 2.:

Folgende öffentliche Bedürfnisanlagen in der Nähe von Parks und Grünanlagen haben keine 24-Stunden-Freigabe für die Nutzung mit einem Euroschlüssel:

- Bedürfnisanlage Prinzenpark, Herzogin-Elisabeth-Str. 78
- Bedürfnisanlage Heidbergsee, Jägersruh 1a

Alle anderen Bedürfnisanlagen in der Nähe von Parks und Grünanlagen haben entweder keine elektronische Schließung oder sie haben eine 24-Stunden-Freigabe mit dem Euroschlüssel.

Zu 3.:

Für einen 24-Stunden-Betrieb sind bauliche Anpassungen notwendig. Deren Umfang muss geprüft werden, anschließend deren Finanzierung. Daher kann aktuell noch keine Ausführung aus eigenen Mitteln zugesichert werden.

Hanusch

Anlage/n:

keine